

Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW
Hochschule für Soziale Arbeit HSA
Bachelor-Studium in Sozialer Arbeit
Muttenz

Zwischen Macht und Machtkritik

Wie politisch soll Soziale Arbeit heute sein?

Bachelor Thesis vorgelegt von
Andreas Aerni
Matrikelnummer 09-052-994

Eingereicht bei
Dr. Silke Müller-Hermann
Muttenz, im Januar 2020

Abstract

Die Soziale Arbeit ist seit einigen Jahrzehnten in das System der staatlichen Sozialen Sicherung eingebunden und befindet sich diesbezüglich in einer Sandwich-Position. Einerseits soll sie die Interessen ihrer Klientel vertreten; andererseits müssen politische und gesellschaftliche Vorgaben erfüllt werden. Dies führt zur Frage, inwiefern sich die Sozialarbeitenden politisch engagieren sollen, wenn sie mit den herrschenden Verhältnissen nicht einverstanden sind. Dadurch würden sie aber ihre Auftraggebenden kritisieren. Nach einem kurzen Blick in die Geschichte wird in der vorliegenden Arbeit zuerst der Fachdiskurs auf theoretischer Ebene nachgezeichnet, der sich mit der Frage beschäftigt, ob Soziale Arbeit ein politisches Mandat wahrnehmen darf. Im Anschluss daran werden die praktischen Konsequenzen dargelegt und die unterschiedlichen Szenarien konkretisiert. Gestützt auf die erfolgte Auslegeordnung soll zum Schluss die Ausgangsfrage beantwortet werden.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Hauptteil	7
2.1	Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen in den 1970er-Jahren	7
2.2	Professionalisierung und Akademisierung ab den 1980er-Jahren	9
2.3	Das politische Mandat im Allgemeinen	11
2.4	Soziale Arbeit und das politische Mandat	13
2.4.1	Á Vorbemerkungen	13Á
2.4.2	Á Argumente der Mandatsgegnerinnen und -gegner, -skeptikerinnen und -skeptiker	14Á
2.4.3	Á Argumente der Mandatsbefürworterinnen und -befürworter	17Á
2.4.4	Á Theoretische Begründung eines politischen Mandats nach Silvia Staub-Bernasconi	20Á
2.4.5	Á Die Haltung von Avenir Social zum politischen Mandat	22Á
2.4.6	Á Zusammenfassung	24Á
2.5	Konsequenzen für die Soziale Arbeit	26
2.5.1	Á Soziale Arbeit ohne politisches Mandat	26Á
2.5.2	Á Soziale Arbeit mit politischem Mandat	28Á
2.5.2.1	Á Theoretische Betrachtungen	29Á
2.5.2.2	Á Strategien für eine Gesellschaftsveränderung	32Á
2.5.2.3	Á Zusammenfassung	35Á
2.5.3	Á Vergleich der beiden Ansätze	36Á
2.5.4	Á Beispiele aus der Schweizer Praxis	37Á
2.5.4.1	Á Die Sans-Papier-Bewegung	38Á
2.5.4.2	Á Das Forum für Kritische Soziale Arbeit (Kriso)	39Á
2.5.4.3	Á Die vierte Studienform an der Fachhochschule Nordwestschweiz	40Á
3	Schlussfolgerungen	42

1 Einleitung

«Wenn Sie helfen wollen, dann ist die Soziale Arbeit nichts für Sie». Dieser Satz fiel vor einigen Jahren an einer Einführungsveranstaltung der Hochschule für Soziale Arbeit an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Bei den anwesenden Personen, die sich für das Studium dieser Disziplin interessierten, sorgte diese Aussage für Irritationen, womit das Ziel des Kursleiters erreicht war. Im Verlaufe der Veranstaltung wurde dann klargestellt, warum diese Provokation den Teilnehmenden gleich zu Beginn aufgetischt wurde: Die Vertreterinnen und Vertreter der Sozialen Arbeit wehren sich dagegen, ihre Klientinnen und Klienten als hilfsbedürftige Opfer der gegebenen Umstände zu betrachten. Vielmehr seien sie vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft, die sich aber aktuell mit einer gewissen Problemstellung konfrontiert sehen. Der Auftrag der Sozialen Arbeit sei es, auf Möglichkeiten hinzuwirken, damit sich Personen selbstbestimmt aus schwierigen Lebenssituationen befreien können.

Mit zunehmender Dauer des Studiums wurde immer klarer, was den Novizinnen und Novizen an dieser Einführungsveranstaltung eigentlich mitgegeben werden sollte. Es zeigte sich aber auch, dass die Möglichkeiten von Sozialarbeitenden, Verhältnisse zu schaffen, in denen sich Individuen oder Systeme selbständig helfen können, eingeschränkt und von vielen äusseren Faktoren abhängig sind. Diese Faktoren werden zu einem grossen Teil in politischen Prozessen verhandelt und gesteuert. Damit stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis Soziale Arbeit und Politik stehen.

Die Soziale Arbeit ist beileibe nicht die einzige Disziplin, die von den politischen Verhältnissen abhängig ist. Auch Ärztinnen und Ärzte, Juristinnen und Juristen oder Lehrerinnen und Lehrer sollten nur innerhalb der gesetzten Leitplanken tätig werden. Dass sich jede Profession und jeder Berufsstand organisiert und versucht, auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen, liegt in der Natur der Sache. Diese Art der politischen Arbeit ist auch in der Sozialen Arbeit unbestritten (vgl. Amann 2019: 24).

Es stellt sich aber die Frage, ob die Soziale Arbeit darüber hinaus ein politisches Mandat beanspruchen kann bzw. soll. Viele der Probleme, mit denen sich die Soziale Arbeit beschäftigt, haben neben einer individuellen auch eine gesamtgesellschaftliche Komponente. Bei der Arbeit mit Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung beispielsweise kann die Soziale Arbeit zwar mit den Betroffenen kurzfristige Strategien zur Bewältigung der drängendsten Probleme erarbeiten. Eine nachhaltige Verbesserung der Situation dieser Menschen ist

aber nur möglich, wenn ihnen auch eine gewisse rechtliche Sicherheit geboten werden kann. Sollen sich die Sozialarbeitenden nun über ihren konkreten Fall hinaus politisch engagieren? Wie könnte ein solches Engagement theoretisch begründet und praktisch ausgestaltet werden? Was hätte eine Verneinung dieser Frage zur Folge? Und gibt es bereits Beispiele in der Praxis, die als Vorbild dienen könnten? All diese Aspekte haben zur folgenden Fragestellung geführt, die im Rahmen dieser Arbeit beantwortet werden soll:

Wie politisch soll Soziale Arbeit heute sein?

Um diese Frage zu beantworten, soll zu Beginn des Hauptteils ein kurzer Blick auf die jüngere Geschichte der Profession geworfen werden. Der Fokus liegt dabei auf der Entwicklung im deutschsprachigen Raum im Allgemeinen und in der Schweiz im Besonderen. In den 70er-Jahren galt die Soziale Arbeit nämlich als ein Bereich, in dem politische Einmischung und die berufliche Praxis gut miteinander zu vereinbaren waren, weil die Überzeugung vorherrschte, dass die Klientinnen und Klienten Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse waren (vgl. Scherr 2001: 102). Es soll in gebotener Kürze die in den 80er-Jahre begonnene Professionalisierung bis in die heutige Zeit nachgezeichnet und aufgezeigt werden, inwiefern diese zu einer Entpolitisierung der Sozialen Arbeit geführt hat.

Im Anschluss an diese geschichtliche Einordnung wird der Begriff des politischen Mandats näher beleuchtet und in einem weiteren Kapitel aufgezeigt, welche Relevanz er in der modernen Sozialen Arbeit hat. In der Fachliteratur wird kontrovers darüber diskutiert, inwiefern die Soziale Arbeit dazu berechtigt sein könnte, ein politisches Mandat zu beanspruchen. Nach einer Übersicht über die befürwortenden und ablehnenden Argumentationslinien sollen der Standpunkt von Silvia Staub-Bernasconi als wichtige Theoretikerin der Sozialen Arbeit und die Haltung von Avenir Social, dem Berufsverband der Sozialarbeitenden, dargestellt werden.

Im letzten Kapitel des Hauptteils sollen die Auswirkungen dargestellt werden, die die Beantwortung der Frage nach einem politischen Mandat für die Praxis hat. Insbesondere sollen die Überlegungen von David Gil als Befürworter einer machtkritischen Sozialen Arbeit detailliert nachgezeichnet werden, um eine Ahnung davon zu bekommen, wie sich ein politisches Mandat in der Praxis konkret auswirken könnte. Am Ende dieses Kapitels sollen dann einige aktuelle Beispiele vorgestellt werden.

Nachdem im Hauptteil der Arbeit die relevanten historischen und theoretischen Fragen behandelt und die möglichen Auswirkungen auf die Praxis skizziert wurden, sollen im Rahmend der Schlussfolgerungen die wichtigen Punkte herausgeschält und ein eigener Standpunkt des Autors im Hinblick auf die Fragestellung entwickelt werden.

Bei all den nachfolgenden Betrachtungen darf nicht vergessen werden, dass die Beantwortung der gewählten Fragestellung nicht ohne eine gewisse Generalisierung auskommt. «Die» Soziale Arbeit hat es als solche nicht gegeben und wird es in Zukunft auch nie geben. Zu unterschiedlich sind die vielen verschiedenen Bereiche, in denen Sozialarbeitende tätig sind. Trotzdem erhofft sich der Verfasser, auf einer allgemeinen Ebene einige nützliche Gedanken zur Thematik liefern zu können. Das Herunterbrechen auf einen konkreten Teilbereich bleibt dann allerdings den direkt betroffenen Sozialarbeitenden in den jeweiligen Handlungsfeldern überlassen.

2 Hauptteil

Zu Beginn des Hauptteils soll die Geschichte der Sozialen Arbeit ab den 1970er-Jahren überschlagsmässig dargestellt werden.

2.1 Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen in den 1970er-Jahren

Die Soziale Arbeit als Profession und die Sozialen Bewegungen¹ waren seit jeher eng miteinander verbunden (vgl. Wagner 2009: 9). Diese enge Beziehung erscheint vor dem Hintergrund, dass sich beide Akteurinnen mit sozialen Problemlagen von Menschen befassen, als logisch. Trotzdem gab und gibt es wichtige Unterschiede zwischen diesen beiden Erscheinungsformen. Dabei spielt die Unterscheidung zwischen «Privatem» und «Politischem» eine wichtige Rolle. Während sich die Soziale Arbeit ursprünglich vor allem um die Linderung privater Not kümmerte, ging es den Sozialen Bewegungen immer auch darum, sich mit den politischen Aspekten zu befassen. Da viele Aktivistinnen und Aktivisten von Sozialen Bewegungen die Ansicht vertraten, dass eine ausschliesslich private Soziale Arbeit unpolitisch und somit im Hinblick auf die auf gesellschaftlicher Ebene angestrebten Ziele unangemessen oder sogar hinderlich sei, gehörten sie manchmal gar zu den schärfsten Kritikerinnen und Kritikern der Sozialen Arbeit (vgl. ebd.: 16).

Dieses zwiespältige Verhältnis zwischen der Sozialen Arbeit und Sozialen Bewegungen erlebte im Rahmen der 1968er-Bewegung eine erhebliche Veränderung. Die Bewegung forderte im Bereich der Sozialen Arbeit einen weniger repressiven, respektvolleren und ermächtigenden Umgang mit Personen, die in irgendeiner Art und Weise nicht den Normen der Mehrheitsgesellschaft entsprachen oder entsprechen wollten. Diese Forderung war grundsätzlich nichts Neues; Neu war jedoch, dass die Bewegung nun deutlich grössere Teile der Gesellschaft umfasste und somit nicht mehr als Randerscheinung abgetan werden konnte (vgl. Scherr 2001: 102).

¹ In dieser Arbeit werden die Sozialen Bewegungen in dem Sinne von der Sozialen Arbeit unterschieden, als dass erstere auf dem freiwilligen Engagement interessierter Kreise beruhen, während letztere als bezahlte Tätigkeit erfolgt.

Diese Vorgänge hatten eine Politisierung der Sozialen Arbeit zur Folge. Sowohl die Disziplin als auch die Profession nutzten die Gelegenheit, sich an die Spitzen dieser Bewegungen zu setzen und die Forderungen zu ihren eigenen zu machen. Die Theorien Sozialer Arbeit aus den 70er-Jahren hatten nun erstmals auch die Kritik an gesellschaftlichen Bedingungen zum Inhalt. Somit wurde die Problemsuche weg vom Individuum und hin auf die strukturelle Ebene des herrschenden Gesellschaftssystems verschoben. Dies hatte mit anderen Worten zur Folge, dass sich die Soziale Arbeit nun ohne Zweifel ein politisches Mandat zuschrieb (vgl. ebd.: 110)

Die kurzfristige Entwicklung in vielen Bereichen stärkte diese neue Herangehensweise. Die nun politisierte Soziale Arbeit hatte einen wesentlichen Anteil daran, dass sich in den Bereichen Heimerziehung, Psychiatrie und Psychotherapie, Leistungsansprüchen von und Umgang mit Sozialhilfeempfängern, Jugendarbeit, Drogenberatung und der Arbeit mit Straffälligen viele Ansätze in die von den Sozialen Bewegungen verlangte Richtung hin änderten. Viele dieser Veränderungen bilden bis heute die Grundlage moderner Sozialer Arbeit. Dieser Erfolg wäre zweifelsohne nicht möglich gewesen, hätte sich die Soziale Arbeit weiterhin auf das «Private» konzentriert (vgl. ebd.: 104).

Diese Politisierung und die damit verbundenen Errungenschaften hatten jedoch nicht nur positive Auswirkungen. Neben der konkreten Einzelfallhilfe erlebten Gesellschafts- und Herrschaftsanalysen wie dargelegt einen rasanten Aufstieg als Teil einer machtkritischen Sozialen Arbeit. Konsequenz zu Ende gedacht, brachten diese neuen Theorien die Soziale Arbeit in eine unangenehme Situation. Sie wurde nämlich als «Palliativum des entwickelten Kapitalismus» (Merten 2001b: 7) bezeichnet. Weil sie nicht in der Lage sei, die negativen Aspekte des herrschenden Gesellschaftssystems zu verhindern, bearbeite sie stattdessen individuell die unerwünschten Auswirkungen auf die einzelnen Menschen. Gerade dadurch werde aber verhindert, dass sich die Subjekte gegen ihre missliche Situation auflehnen und für eine Veränderung eintreten. Dies habe eine Stabilisierung der eigentlich unerwünschten Ausbeutungs- und Herrschaftsbedingungen zur Folge (vgl. ebd: 7).

Diese Ambivalenz der erfolgten Politisierung war auch in der nachfolgenden Phase der Akademisierungs- und Professionalisierungsbemühungen eine wichtige Diskussionsgrundlage.

2.2 Professionalisierung und Akademisierung ab den 1980er-Jahren

Durch die von den Sozialen Bewegungen angestossene Politisierung der Sozialen Arbeit wuchs auch die Bedeutung, die ihr von der Gesellschaft zugeschrieben wurde. Es drang breiten Kreisen der Bevölkerung ins Bewusstsein, dass es auch Menschen gibt, die mit den herrschenden Verhältnissen nicht zurechtkommen und dass es im Interesse aller liegt, sich mit den Schicksalen dieser Personen auseinanderzusetzen.

So wurden bereits Ende der 1970er-Jahre Studiengänge im Bereich der Sozialen Arbeit auf- und ausgebaut und die Zahl der Menschen, die als Sozialarbeitende tätig waren, hat sich innert kurzer Zeit stark erhöht. Ebenfalls wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen dahingehend verändert, dass das Tätigkeitsfeld Sozialer Arbeit nun auch offiziell verankert wurde (vgl. Scherr 2001: 112).

Im Zuge dieser Professionalisierungsprozesse, die bis in die 1980er- und 1990er-Jahre andauerten, setzte auch eine Institutionalisierung ein. Nun wurden gesellschaftliche Probleme nicht mehr mehrheitlich von privaten Trägern oder Sozialen Bewegungen bearbeitet, sondern zunehmend von staatlichen Stellen. Zentrale Themen der Sozialen Arbeit waren im Mainstream des gesellschaftlichen Diskurses angelangt. Dadurch waren sie in der Öffentlichkeit präsenter, verloren aber damit schon nach kurzer Zeit auch ihre politische Dimension. Die Menschen hatten das Gefühl, dass mit den Angeboten der Sozialen Arbeit die Dringlichkeit der Problemlagen entschärft wurden. Diese Re-Individualisierung zeigte sich auch in der zunehmenden Funktionalisierung der Träger der Sozialen Arbeit. Für praktisch jeden Themenbereich gab es nun einen eigenen Zweig professioneller Sozialer Arbeit. Die Problemfelder wurden somit wieder isoliert und individualisiert und nicht als Folge von gesamtgesellschaftlichen Strukturen betrachtet (vgl. Wagner 2009: 17).

Durch die intensivere Bearbeitung ihrer Themen verloren auch die Sozialen Bewegungen an Sprengkraft. Ihre Forderungen waren nun allgemein bekannt und somit geriet auch die Soziale Arbeit vordergründig aus der Schusslinie, lediglich eine Stütze der aktuellen Herrschaftsverhältnisse zu sein.

Damit war die Zeit der radikalen Gesellschaftskritik definitiv vorbei. Einige Zeit folgte zwar noch eine Phase des Versuchs, Gesellschaftsanalyse und die Einzelfallarbeit miteinander zu verknüpfen. Gerade in der Hochphase des Neoliberalismus um die Jahrtausendwende

war das politische Selbstverständnis der Sozialen Arbeit aber weitgehend erloschen (vgl. Schneider 2001: 27).

Kurz nach der Jahrtausendwende flammte die Diskussion um ein politisches Mandat im Fachdiskurs der Sozialen Arbeit jedoch wieder auf. Ausgelöst durch einen Streit auf einer Tagung der Zeitschrift «Sozial Extra» im Jahr 2000 verfasste Roland Merten einen Sammelband (Merten 2001), der sich der Frage widmete, ob die Soziale Arbeit heutzutage wieder oder immer noch ein politisches Mandat habe. Dieser Diskurs brachte einige für die vorliegende Arbeit relevante Themen und Argumente hervor, weshalb hier zunächst der Frage nachgegangen werden soll, was der Begriff des politischen Mandats überhaupt bedeutet.

2.3 Das politische Mandat im Allgemeinen

Sowohl der Begriff «politisch» als auch der Begriff «Mandat» des für diese Arbeit zentralen Ausdrucks bedürfen einer näheren Betrachtung.

Der Begriff Mandat kann sinngemäss mit «Auftrag» oder «Vollmacht» übersetzt werden. Dies hat zur Folge, dass geklärt werden muss, wer als Auftraggeberin oder Auftraggeber bzw. Vollmachtgeberin oder Vollmachtgeber auftritt. Ebenfalls klar definiert sein muss, wer beauftragt bzw. bevollmächtigt wird. Im Hinterkopf behalten sollte man an dieser Stelle, dass das Mandat ursprünglich ein Begriff der römischen Rechtswissenschaft war und die Ausführung eines Auftrags im Interesse eines Auftraggebers² bedeutete (vgl. Schneider 2001: 29). Während in Bezug auf die vorliegende Fragestellung klar ist, dass als Beauftragte die Soziale Arbeit gemeint ist, bleibt die Frage nach möglichen Auftraggeberinnen oder Auftraggebern höchst umstritten.

Der Begriff Politik kommt vom griechischen Wort «polis», was das Gemeinwesen bedeutet. Etwas Politisches war und ist somit immer etwas, was die öffentliche Gemeinschaft und nicht eine isolierte Person betrifft. Über diesen Ursprung hinaus gibt es unzählige Definitionen, was mit dem Wort «politisch» alles gemeint sein könnte.

In der frühen Neuzeit verstand Niccolò Machiavelli Politik als Technik des reinen Machterwerbs und -erhalts. In die gleiche Richtung geht Carl Schmitt, einer der bedeutendsten Gegner des nationalsozialistischen Staatsverständnisses, wenn er Politik als unerbittlichen Kampf zwischen Freund und Feind definiert. Alleine in der heutigen Zeit gibt es viele weitere Definitionsmöglichkeiten: Das liberale Verständnis sieht Politik als Sphäre des Kampfes um Macht und Einfluss zwischen den unterschiedliche Interessen und Zielvorstellungen vertretenden Parteien. Die Vertreter des konservativen Politikverständnisses betonen das über den Parteien stehende Gemeinwohl als oberstes Ziel und Inhalt von Politik. Für die Sozialdemokraten ist die gesellschaftliche Teilhabe aller Schichten eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität einer demokratisch organisierten Gesellschaft. Noch weiter gehen kommunistische Vorstellungen von Politik, die zwar ebenfalls soziale Gerechtigkeit als politisches Ziel definieren. Es bestehen bei dieser Auffassung jedoch Zweifel daran, dass dieses ohne

² Aufgrund des historischen Zusammenhangs ist hier bewusst die männliche Form gewählt worden.

staatliche Eingriffe in die kapitalistische Gesellschaft möglich sei. Grün-alternative Bewegungen entwickelten ein basisdemokratisches Politikverständnis mit dem Slogan «Das Private ist Politisch» (vgl. Sorg 2001: 42f.).

Es ist unschwer zu erkennen, dass Haltungen zu einem politischen Mandat bzw. dessen Inhalt und Tragweite unabhängig von dessen Herleitung jeweils davon abhängen, was der Verfasser oder die Verfasserin für ein Verständnis von Politik hat. Während liberale Strömungen eine klare Trennung zwischen den politischen Institutionen und der Bevölkerung vornehmen, betonen die links-alternativen Bewegungen den politischen Bezug des Alltagslebens aller Bevölkerungsschichten.

So kann die Bejahung eines politischen Mandats aus Sicht eines Autors oder einer Autorin einer bestimmten Politikdefinition die gleichen praktischen Konsequenzen haben wie dessen Verneinung für Vertreterinnen und Vertreter eines anderen Politikverständnisses. Wenn in den nachfolgenden Kapiteln die Debatte über die Frage, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat oder nicht, muss also jeweils geklärt werden, welche Bedeutung dem Begriff «politisch» im entsprechenden Beitrag zukommt.

2.4 Soziale Arbeit und das politische Mandat

In diesem Kapitel soll eine Übersicht über die verschiedenen Haltungen zu der brisanten Fragestellung gegeben werden, ob die Soziale Arbeit über ein politisches Mandat verfügt. Nach einigen Vorbemerkungen werden zuerst die Argumente dagegen, im Anschluss daran die befürwortenden Ansichten dargestellt.

2.4.1 Vorbemerkungen

Um die nun folgenden Debattenbeiträge aus dem Fachdiskurs sinnvoll einordnen zu können, müssen zuvor einige Hinweise angebracht werden.

Wie aus den einleitenden historischen Betrachtungen ersichtlich wurde, gab es eine Zeit, in der die Existenz eines politischen Mandats der Sozialen Arbeit unbestritten und Gesellschaftskritik ein selbstverständlicher Teil der alltäglichen Berufsausübung war. Im Gegensatz dazu verstehen später sozialisierte Vertreterinnen und Vertreter der Profession die Soziale Arbeit eher als einen modernen Dienstleistungsberuf jenseits dieser kritischen Positionen (vgl. Scherr 2001: 104). Bereits die Frage nach dieser Einordnung, ob die Soziale Arbeit eher als verlängerter Arm der Sozialpolitik dient und damit systemerhaltend wirkt oder in der Tradition der Sozialen Bewegungen eher auf Systemveränderungen zielt, zeigt die politische Dimension der Sozialen Arbeit (vgl. Holten 2012: 46).

Ebenfalls muss festgehalten werden, dass eine gewisse Politikimmanenz der Sozialen Arbeit von keiner Seite bestritten wird. Bearbeitet ein Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin beispielsweise ein Projekt im Rahmen einer Gemeinwesenarbeit, so beinhaltet dieses ohne Zweifel auch den Auftrag, dort politisch aktiv zu werden, wo das konkrete Projekt von politischen Entscheidungen abhängt (vgl. Schneider: 31). Soziale Arbeit ist nämlich gleich in mehrfacher Hinsicht mit den politischen Prozessen verbunden. Einerseits ist die Politik ein wichtiger Auftraggeber von Sozialen Dienstleistungen. Sie bestimmt die Arbeitsfelder und schafft die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen, damit Sozialarbeitende tätig werden können. Ein Nebeneffekt dieser Entscheidungsmacht ist, dass die Politik auch die Rahmenbedingungen definieren kann, innerhalb derer Sozialarbeitende tätig werden können bzw. müssen. So haben sich in den letzten Jahren zunehmend betriebswirtschaftliche Ansichten und Massstäbe des Controllings anstelle von sozialwissenschaftlichen Kriterien durchgesetzt. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von der Ökonomisierung des Sozialen (vgl. Borstel/Fischer 2018: 18). Im Weiteren entscheiden die politischen Amtsträgerinnen und Amtsträger auch darüber, welche öffentlichen Angebote unterstützungswürdig sind und

finanzielle Mittel erhalten. Damit verbunden können Regeln und Vorschriften für die Handlungen in der Praxis erlassen werden (vgl. ebd.: 18). Durch diese enge Verbundenheit zwischen der Sozialen Arbeit und der Politik liegt es nah, dass sich die Sozialarbeitenden als Direktbetroffene zu Missständen, Widersprüchen und notwendigen Verbesserungen äußern (vgl. ebd.: 20).

Die hier verhandelte Frage nach dem politischen Mandat geht aber über konkrete Projekte und die Meinungsäußerung im regulären politischen Prozess hinaus und stellt zur Debatte, ob Vertreterinnen und Vertreter der Sozialen Arbeit sich darüber hinaus politisch engagieren sollen und in welcher Form dies zu erfolgen hat.

Dabei unterscheiden Dierk Borstel und Ute Fischer in Anlehnung an Benz/Rieger (vgl. ebd.: 21) drei Standpunkte, die gegenwärtig zur Dimension eines politischen Mandats vertreten werden: Mandatsgegnerinnen und -gegner, Mandatsskeptikerinnen und -skeptiker und Mandatsbefürworterinnen und -befürworter. Die Gegnerinnen und Gegner bzw. Skeptikerinnen und Skeptiker anerkennen zwar den politischen Charakter der Sozialen Arbeit, begrenzen diesen aber relativ eng auf die politischen Tätigkeiten des Berufsverbands und stellen ein fachliches Mandat in den Vordergrund. Sie befürchten durch ein darüber hinaus gehendes politisches Handeln eine Bevormundung der Klientinnen und Klienten oder die Enttäuschung nicht erfüllbarer Erwartungen. Mandatsbefürworterinnen und -befürworter hingegen sehen ein allgemeineres politisches Mandat und fassen die Rolle der Sozialarbeitenden weiter.

In den folgenden Kapiteln sollen die verschiedenen Positionen anhand einiger ausgewählter Autorinnen und Autoren exemplarisch aufgezeigt werden. Speziell hervorgehoben werden die Positionen von Silvia Staub-Bernasconi und dem Berufsverband «Avenir Social».

2.4.2 Argumente der Mandatsgegnerinnen und -gegner, -skeptikerinnen und -skeptiker

Die Mandatsgegnerinnen und -gegner, -skeptikerinnen und -skeptiker führen verschiedene Gründe an, weshalb aus ihrer Sicht kein politisches Mandat der Sozialen Arbeit vorliegt.

Die naheliegendste Ablehnung eines politischen Mandats Sozialer Arbeit hat staatsrechtliche Gründe. Das politische Mandat wird hierbei sehr eng gefasst und dient als Instrument der «mittelbaren Staatsverwaltung». Ein Mandat in diesem Sinne wird also nicht um die

Rechte der Mandatierten willen vergeben, sondern zur Steigerung der Effizienz der Staatsführung (vgl. Schneider 2001: 28). Ein solches Mandat haben gewählte Politikerinnen und Politiker und die öffentlichen Verwaltungen. Streng genommen könnte man unter diesen Mandatsbegriff auch diejenigen Sozialarbeitenden subsumieren, die von der öffentlichen Hand bezahlt werden. Allerdings besteht dieses Mandat dann in der Erfüllung der staatlichen Vorgaben, was inhaltlich geradezu diametral zum hier verhandelten Begriff steht. Es liegt nicht im Interesse des Staates, jemanden damit zu beauftragen, seine Strukturen grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Soziale Arbeit hat aus rechtlicher Sicht demnach kein über das übliche Mass anderer Professionen hinausgehendes politisches Mandat.

Roland Merten sieht die vordergründige Aufgabe von Professionen im Allgemeinen und der Sozialen Arbeit im Besondern als den individualisierten Klientelbezug im Handlungsvollzug. Er fokussiert damit bewusst auf den Handlungsvollzug und nicht auf die Problembestimmung auf Seiten der Adressatinnen und Adressaten. Er anerkennt damit, dass die Problemursachen auch jenseits der Klientel liegen können. Die Aufgabe sei aber in erster Linie der Handlungsvollzug und nicht die Problembestimmung (vgl. Merten 2001a: 91). Dieser Handlungsvollzug beinhaltet in erster Linie die soziale Integration als systematische Aufgabe der Profession. Gerade in der heutigen Zeit, in der sich immer mehr Menschen mit den zunehmenden Individualisierungsprozessen schwertun, gehe es nicht darum, im Sinne einer Defizitperspektive die vorherrschenden Verhältnisse zu kritisieren. Nach dem Prinzip der Normalisierung solle darauf hingewirkt werden, die gegebenen Umstände als solche zu respektieren und auf den Einschluss potenziell aller Personen in unserer Gesellschaft hinzuwirken (vgl. ebd.: 93). Soziale Arbeit habe kein politisches Mandat – aber einen professionellen Auftrag. Wenn sie diesen wahrnehmen will, so solle sie dafür besorgt sein, ihrer Klientel zu ihren Rechten zu verhelfen oder besser noch dazu zu befähigen, diese selbständig einzufordern. Dazu brauche es aber einen materiellen Grundstock, ohne welchen jegliche Eigenständigkeit als Ding der Unmöglichkeit erscheine. Die Sicherstellung von Gleichheit und Freiheit aller Menschen in einem System hänge demnach von einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und der sozialen Teilhabe ab. Dafür zu sorgen sei der vorrangige Auftrag und die wahre Stärke der Sozialen Arbeit (vgl. ebd.: 98).

Albert Scherr weist auf die Tatsache hin, dass die Soziale Arbeit in der heutigen Gesellschaft ein anerkannter Dienstleistungsberuf sei und deshalb keinen Anlass habe, sich ein grundsätzliches Mandat Gesellschafts- oder Politikkritik zuzuschreiben (vgl. Scherr 2001: 101). Zwar sei die Soziale Arbeit stark von politischen Entscheidungen abhängig, weil eine vollständige finanzielle und methodische Autonomie aufgrund des Fehlens finanzkräftiger Konsumentinnen und Konsumenten praktisch nicht existiert. Dies bedeute aber nicht, dass

die Professionellen der Sozialen Arbeit auch an diesen Entscheidungen beteiligt seien. Insbesondere sei es die Sache der Politik, darüber zu entscheiden, bis zu welchem Masse eine Vielfalt an Lebensformen erwünscht sei und inwieweit der Staat für akzeptable Lebensbedingungen seiner Bürgerinnen und Bürger aufzukommen bereit ist. Durch diese Festlegungen entstehen oft auch Exklusionen und soziale Ungleichheiten. Der Kernauftrag bestehe nun darin, die Klientinnen und Klienten dabei zu unterstützen, Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Situation zu erarbeiten und umzusetzen (vgl. ebd.: 107). Scherr bestreitet nicht, dass die Soziale Arbeit aufgrund ihrer Expertise prädestiniert dazu ist, sich zu gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheidungen zu äussern., die ihre Adressatinnen und Adressaten direkt betreffen. Zu denken ist dabei beispielsweise an den sozial-, rechts- und arbeitsmarktpolitischen Diskurs. Dies bedeute aber kein politisches Mandat in dem Sinne, dass Soziale Arbeit sich selbst an die Stelle der Instanzen setze, die für diese Entscheidungen zuständig sind. Das habe zur Folge, dass politische Entscheide immer wieder anders ausfallen, als dies aus Sicht der Profession wünschenswert wäre. Dieses Schicksal teile die Soziale Arbeit mit anderen Berufsgruppen und wissenschaftlichen Disziplinen in demokratisch verfassten Staaten (vgl. ebd.: 108). Aufgrund der fehlenden Alternativen zu der aktuellen Gesellschaftsform, die Exklusionen und gesellschaftliche Ungleichheiten hervorbringt, solle die Soziale Arbeit ihre Ressourcen darauf verwenden, angemessene Hilfen zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen (vgl. ebd.: 116).

Timm Kunstreich definiert das Problem der Sozialen Arbeit als die Notwendigkeit, die institutionell zur Verfügung stehenden Mittel in dem Sinne umzuwandeln, dass sie gestützt auf die Expertise der Professionellen für ihre Klientinnen und Klienten einen Nutzen bringen. Die grosse Herausforderung dabei sei, dass die Probleme ihrer Adressatinnen und Adressaten meistens aus derer gesellschaftlichen Stellung herrühren, die zur Verfügung gestellten Mittel und Methoden jedoch auf die individuelle Reproduktionsfähigkeit zielen (vgl. Kunstreich 2001: 122). Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Tatsache, dass in einer Gesellschaft verschiedene Wissensdomänen nebeneinander bestehen. Diese Wissensdomänen sind ein Beispiel für ein Kriterium, anhand dessen die Bevölkerung in verschiedene Gruppen oder Sozialitäten eingeteilt werden können. Dabei sind die meisten Menschen Teil verschiedener Sozialitäten. Unter diesen Voraussetzungen sei es nicht möglich, dass eine Sozialität einer anderen ein Mandat ausspreche, denn jede Gruppe könne für ihre Interessen im Endeffekt nur selbst eintreten. Stelle man sich die Gesellschaft als eine riesige Anzahl verschiedener Sozialitäten vor, die nebeneinander existierten, sei der Beitrag der Sozialen Arbeit eher gering. Entsprechend sei es auch fraglich, ob die Soziale Arbeit als Vertreterin der zahlreichen Gruppen, die an den Rändern der Gesellschaft stehen, in Erscheinung treten und politisch aktiv werden könne. Zielführender sei die Stärkung der Teilhabemacht der

einzelnen Gruppen. An erster Stelle müsse somit stets die konkrete Alltagshilfe stehen, sei es bei der Unterstützung einer jugendlichen Clique im Drang nach Selbständigkeit oder der praktischen Hilfe von Drogenabhängigen ohne Bedingung der Entzugswilligkeit. Ohne diese fundamentalen Voraussetzungen seien weitere politische Aktivitäten wie eine öffentliche Debattenkultur oder die Skandalisierung in einer grösseren Öffentlichkeit von Seiten der Adressatinnen und Adressaten nicht zu schaffen (vgl. ebd.: 128f.).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass ein politischer Bezug der Sozialen Arbeit auch von den Mandatsgegnerinnen und -gegnern, -skeptikerinnen und -skeptikern nicht bestritten wird. Sie weisen aber auf die funktionelle Teilung unseres Gesellschaftssystems hin und streichen heraus, dass die Politik für die Gestaltung der Gesellschaftsform verantwortlich zeichnet, während die Soziale Arbeit für eine möglichst grosse soziale Teilhabe aller Menschen zuständig sei. Als Direktbetroffene politischer Entscheidungen habe die Soziale Arbeit zwar das Recht, bei Meinungsfindungsprozessen und Vernehmlassungen mitzuwirken, müsse dann aber die getroffenen Entscheide akzeptieren und umsetzen. Zu guter Letzt wird darauf hingewiesen, dass politische Veränderungen nur durch die Klientinnen und Klienten selbst bewirkt werden können. Die Aufgabe der Sozialen Arbeit sei es somit, ihre Adressatinnen und Adressaten auf individueller Ebene so zu unterstützen, dass ein eigenständiges politisches Engagement möglich wird.

Im folgenden Kapitel werden die Argumente der Mandatsbefürworterinnen und -befürworter dargestellt.

2.4.3 Argumente der Mandatsbefürworterinnen und -befürworter

Unter den Befürworterinnen und Befürwortern eines politischen Mandats für Sozialarbeitende sind zwei Begründungsebenen auszumachen. Eine Strömung stellt die teilweise erschreckenden empirischen Erkenntnisse aus der Sozialarbeitsforschung an den Ausgangspunkt der Überlegungen. Eine andere Herangehensweise ist der Versuch, ein politisches Mandat auf theoretischer Ebene zu begründen. Freilich bestehen Überschneidungslinien der beiden Ansätze. Trotzdem soll hier zuerst der empirische Ansatz beleuchtet werden.

Ausgangspunkt sind die Zustände, wie sie in den letzten Jahren rund um die Tätigkeiten der Sozialarbeitenden beobachtet werden konnten. Auf Seiten der Professionellen wird ein zu knapp bemessenes Personal und eine hohe Mitarbeiterfluktuation beobachtet. Diese Umstände führen in der Folge zu einer Überlastung der anderen Angestellten, weil weniger Sozialarbeitende für tendenziell steigende Fallzahlen zuständig sind. Somit erhöht sich der

Zeitdruck und die Ausfallquoten durch Burn-Out und Krankheiten steigen, was die Situation weiter verschärft (vgl. Seithe 2013: 25). Ein weiteres Problem stellen die zunehmend in Mode gekommenen Vorschriften dar, die direkt den Alltag der Sozialarbeitenden beeinflussen. Durch eigentlich aus der Wirtschaft stammende Begriffe wie «Case Management» oder «Effizienzsteigerung» werden die Handlungsspielräume eingeschränkt, weil sie oft mit Kürzungen, Zeitbegrenzungen und einer Vorbestimmung der Dauer der zur Verfügung stehenden Massnahmen einhergehen. Die Zielrichtung ist klar: Die Klientinnen und Klienten sollen besser funktionieren und ihr Humankapital verantwortlicher im Sinne des Systems einsetzen. Erfolg in der Sozialen Arbeit wird so anhand formaler und betriebswirtschaftlicher Kriterien definiert. Man muss ihn zählen oder rechnen können (vgl. ebd.: 26). Es liegt nahe, dass Klientinnen und Klienten, die mit Sozialarbeitenden zu tun haben, die unter diesen Umständen professionelle Arbeit verrichten sollen, nicht mehr adäquat unterstützt werden können.

Auf der Seite der Klientinnen und Klienten werden zunehmend Multiproblemlagen festgestellt. Neben einer stetig prekären werdenden finanziellen Situation³ kommen psychische Erkrankungen, Suchtprobleme, häusliche und sexuelle Gewalt, Vernachlässigung oder gravierende kulturelle Konflikte hinzu (vgl. ebd.: 25).

Als wäre das nicht schon genug, zieht sich das Problem auch auf der Ebene der Wissenschaft weiter, wenn Forscherinnen und Forscher zur Sozialen Arbeit nicht mehr die strukturellen Ursachen der Problemlagen analysieren, welche Interventionen überhaupt notwendig machen, sondern die Wirksamkeit der Arbeit untersuchen, die die Institutionen der Sozialen Arbeit erledigen (vgl. Reisch 2015: 9).

Diese Verhältnisse sind es, die in der jüngeren Vergangenheit zu Forderungen der Re-Politisierung der Sozialen Arbeit führten. Mechthild Seithe fragt sich, wann der Zeitpunkt da ist, an dem das Fass zum Überlaufen gebracht wird. Wann stellen sich die Sozialarbeitenden hin und tragen die Probleme der Klientinnen und Klienten, aber auch die eigenen, an die Öffentlichkeit? Als Beispiel können dabei ohne Weiteres die sozialpolitischen Wurzeln und Aufgaben aus den 1970er-Jahren verwendet werden. Seithe ist der Meinung, dass es höchste Zeit sei, sich gegen den politischen Zeitgeist zu wehren, der den Idealen der Profession teilweise diametral entgegenstehe. Es drohe die Gefahr, dass sich die Soziale Arbeit dauerhaft in eine Dienstleistung zum Zwecke des aktivierenden Staates verwandle und

³ Zu denken ist an Hartz IV in Deutschland oder die in verschiedenen Kantonen hängigen Anträge auf Kürzungen der Sozialhilfe.

es nur noch darum gehe, dass Menschen lernen, sich um ihr eigenes Schicksal zu kümmern (vgl. ebd.: 27f.).

Bei der Wahrnehmung dieses politischen Mandats muss ein wichtiger Mechanismus politischer Systeme beachtet werden. In Ländern mit funktionierenden demokratischen Systemen findet jeweils eine Blockbildung der politischen Kräfte statt, während oppositionelle Anliegen und Bewegungen destabilisiert werden. Damit werden die Verhältnisse stabilisiert und gesellschaftliche Entwicklungen verlaufen langsam und voraussehbar. Dieser Zustand wird auch als «social fix» bezeichnet, also als soziale Reparatur oder soziales Flickwerk eines grundsätzlich instabilen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs (vgl. Epple/Schär 2015: 20).

In Bezug auf die Schweiz kann festgehalten werden, dass in den ersten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg neben den randständigen Gruppen auch Frauen und Fremde von diesem «social fix» ausgeschlossen waren. Während sich dies in Bezug auf die Frauen weitgehend verbessert hat, ist die Situation bei den Fremden nur unwesentlich anders. Die wichtige Erkenntnis für die Soziale Arbeit ist aber, dass diese Definitionen, wer zu der Gesellschaft in welchem Masse dazugehört, grundsätzlich veränderbar sind⁴ (vgl. ebd.: 20). Es sollen sogenannte «Gegen-Narrative» installiert werden, die das aktuell herrschende Konzept der sozialen Wohlfahrt herausfordern und ins Wanken bringen. Die Agenden unserer Gesellschaft müssen umformuliert werden, indem der Fokus nicht auf der Milderung der Konsequenzen ökonomischer und sozialer Ungleichheit liegt, sondern auf den Chancen neuer Formen sozialer Solidarität (vgl. Reisch 2015: 10).

An dieser Stelle muss noch angefügt werden, dass trotz der geforderten Verschiebung des Fokus - weg von den einzelnen Problemen hin zu den gesellschaftlichen Strukturen – die individuelle Einzelfallhilfe nicht vernachlässigt werden darf. Auch eine kritische und politische Soziale Arbeit kann die vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten für ihre Klientinnen und Klienten weiterhin nutzen und das politische Mandat ergänzend dazu wahrnehmen.

All diese Überlegungen bilden die Basis dafür, dass die Soziale Arbeit wieder ein politisches Mandat übernehmen sollte. Dabei stellt sich die Frage, wie sich ein solches nicht nur empirisch, sondern auch theoretisch begründen liesse.

⁴ In eine umgekehrte Richtung als bei den Frauen geht es aktuell bei der Arbeitslosen, IV-Empfängern und Sozialhilfe-Bezügern.

Christoph Kusche und Rolf Krüger sind der Ansicht, dass die Soziale Arbeit als Verantwortliche für die Ressourcengewinnung ihrer Adressatinnen und Adressaten implizit bereits ein gesellschaftspolitisches Mandat innehat (vgl. Kusche/Krüger 2001: 16). Es sei unerheblich, ob dieses Mandat rechtlich, gesellschaftlich oder im Wege der Selbstmandatierung realisiert werde. Wichtig sei die inhaltliche Gestaltung und die damit verbundene Verantwortung, sich politisch zu engagieren (vgl. ebd.: 16).

Eine ausführliche theoretische Herleitung eines politischen Mandats hat Silvia Staub-Bernasconi in ihren Schriften erarbeitet. Ihr soll deshalb an dieser Stelle ein eigenes Kapitel gewidmet werden.

2.4.4 Theoretische Begründung eines politischen Mandats nach Silvia Staub-Bernasconi

Silvia Staub-Bernasconi, eine der wichtigsten theoretischen Stimmen der Sozialen Arbeit im deutschsprachigen Raum, hat sich im Rahmen ihrer Auseinandersetzung mit dem Triple-Mandat⁵ mit vielen Fragen beschäftigt, die für die vorliegende Arbeit relevant sind.

An den Anfang ihrer Überlegungen stellt sie die Aussage, dass sich eine machtkritische und professionelle Soziale Arbeit entgegen einiger Annahmen nicht gegenseitig ausschließen. Seit der letzten kritischen Theorie- und Praxisphase im Rahmen der 68er-Bewegung brauchte es zwar rund 50 Jahre, um in den Fachkreisen einen solchen Diskurs neu zu beleben (vgl. Staub-Bernasconi 2018: 15). Dieser verhältnismässig lange Unterbruch basierte aber nicht auf der Unmöglichkeit, gleichzeitig professionelle Unterstützung zu leisten und parallel dazu Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen zu üben, sondern an der fehlenden kritischen Perspektive in der Sozialarbeitswissenschaft während der Professionalisierungsphase ab den 1980er-Jahren. Damit dieser neu belebte Diskurs nun aber nicht in der Theorie stecken bleibt, brauche es eine Umsetzung in die Praxis. Wichtig scheint dabei der Verzicht auf ein «naives Weltverbesserertum», dafür umso mehr die Einsicht, dass die notwendige und fundierte Kritik als Teil des Wissenschafts- und Professionsverständnisses parallel zu den bestehenden Handlungs- und Einflussmöglichkeiten der Sozialen Arbeit existieren kann (vgl. ebd.:15).

⁵ Bestehend aus den Bedürfnissen der Klientinnen und Klienten, den gesellschaftlichen Erwartungen und den Anforderungen der Profession.

Ein Problem sieht Staub-Bernasconi darin, dass besonders im Fachdiskurs in Deutschland das von Böhnisch/Lösch eingeführte Doppel-Mandat bis heute präsent blieb (vgl. ebd.: 113). Dabei gehe eine Aussage vergessen, die im gleichen Aufsatz von 1973 zu finden war. Darin wird festgehalten, dass die Soziale Arbeit umso weniger zum Spielball der herrschenden Kräfte werde, je eher sie sich ihre Aufgaben selbst zuweist (vgl. ebd.: 113).

De facto haben somit bereits Böhnisch/Lösch das dritte Mandat eingeführt, welches heute in den wichtigsten Berufskodizes der internationalen Verbände verbrieft ist (vgl. ebd.: 114).

Das dritte Mandat als Verantwortlichkeit gegenüber der eigenen Profession beinhaltet die Pflicht, Aufträge, die fachlichen und ethischen Richtlinien der Sozialen Arbeit widersprechen, weil sie diskriminierend oder entwürdigend sind, an die Vorgesetzten, Trägerinnen und Träger oder die Politik zurückzuweisen und mit dem Forderung, selbst dafür Verantwortung zu übernehmen (vgl. ebd.: 118).

Es ist genau dieses dritte Mandat, welches die Grundlage für Formen von Selbstmandatierungen liefert. Für die Sozialarbeitenden bedeutet dies, dass sie auch dann aktiv werden und ein Soziales Problem thematisieren und zusammen mit den Betroffenen angehen können, wenn kein konkreter Auftrag seitens der Gesellschaft oder eines Trägers des Sozialwesens vorliegt. Bestes Beispiel dafür ist die Heimkampagne in der Schweiz im Rahmen der 68er-Bewegung (vgl. ebd.: 118).

Im Grunde genommen hätten die Sozialarbeitenden demnach bereits die Möglichkeit, gestützt auf die Berufskodizes öffentlichkeitswirksam Massnahmen gegen Ungerechtigkeiten und Unterdrückung sowie Menschenrechtsverletzungen zu ergreifen. Ein Problem sieht Staub-Bernasconi aber darin, dass ihnen dazu oft das theoretische Wissen über diese Themen und passende Strategien zu deren Überwindung fehlen (vgl. ebd.: 122).

Ein idealer Sozialarbeiter oder eine ideale Sozialarbeiterin verfügt gemäss Staub-Bernasconi folglich einerseits über die notwendigen professionellen Kompetenzen, um ihre Klientinnen und Klienten aus Situationen der Ohnmacht zu befreien. In einem weiteren, wichtigen Schritt geht es dann aber insbesondere darum, mit den Adressatinnen und Adressaten zusammen ihre Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren und diese gegenüber den Mächtigen in den herrschenden Gesellschaftsstrukturen zu vertreten und zu erstreiten (vgl. ebd.: 123).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Silvia Staub-Bernasconi die Frage, woher die Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat, mit Hilfe des Triple-Mandats beantwortet. Dank dem zusätzlichen Mandat, welches die Professionellen der Sozialen Arbeit nicht nur der Gesellschaft und ihren Klientinnen und Klienten, sondern auch der eigenen professionellen Fachlichkeit verpflichtet, kann ein politisches Mandat ohne Weiteres im Sinne einer Selbst-Mandatierung hergestellt werden.

Das Kapitel über das Verhältnis der Sozialen Arbeit zu einem allfälligen politischen Mandat kann nicht abgeschlossen werden, ohne die Haltung des Berufsverbands «Avenir Social» thematisiert zu haben.

2.4.5 Die Haltung von Avenir Social zum politischen Mandat

In der Schweiz existiert mit Avenir Social ein nationaler Berufsverband mit über 3600 Mitgliedern. Es ist für die vorliegende Arbeit deshalb von erheblichem Interesse, wie die Haltung von Avenir Social zum Thema politischem Mandat aussieht. Dazu werden einerseits die Statuten auf Hinweise zu politischen Tätigkeiten durchsucht. Vor bald 10 Jahren hat Avenir Social auch einen Berufskodex für Sozialarbeitende herausgegeben, in denen die wichtigsten ethischen Richtlinien für die tägliche Arbeit festgehalten sind. Auch dieses Dokument soll auf seine politischen Inhalte hin untersucht werden.

Bei den Statuten ist insbesondere das Kapitel 3 «Zweck» im Hinblick auf die vorliegende Fragestellung interessant. Artikel 4.1. präzisiert, dass das Hauptziel des Berufsverbands der Zusammenschluss und die Interessenvertretung der Professionellen Sozialer Arbeit sei. In Artikel 4.2. finden sich dann erste Hinweise auf die politische Haltung, indem festgehalten wird, dass sich Avenir Social für eine solidarische Gesellschaft, für die Weiterentwicklung und Erhaltung der Sozialrechte und die Einhaltung von Menschenrechten engagiere. Der Berufsverband formuliert hier also bereits eindeutig ein politisches Ziel. Im folgenden Artikel 4.3. wird dieses Engagement dann konkretisiert, indem die Bereiche Sozialpolitik, Berufs- und Bildungspolitik, nationale wie internationale Rahmenbedingungen sowie die Vernetzungsarbeit bzw. Kommunikation unter Sozialarbeitenden namentlich genannt werden. In Artikel 4.4. folgt noch der Zusatz, dass sich der Verband für die Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder einsetze (vgl. Avenir Social 2017).

Trotz dieser klaren politischen Bezüge lässt sich aus den Statuten nicht ablesen, ob der Berufsverband damit ein explizites politisches Mandat befürwortet oder sein politisches Engagement lediglich in dem Rahmen einordnet, innerhalb welchem auch die Gegnerinnen

und Gegner eines politischen Mandats der Sozialen Arbeit politische Einflussnahme zuge-
stehen. Bei einem vertieften Blick auf derselben Webseite liegt eher Letzteres nahe, denn
unter dem Bereich «politische Aktivitäten» sind ausschliesslich Stellungnahmen und Emp-
fehlungen zu parlamentarischen Beratungen, Vernehmlassungsantworten sowie Stellung-
nahmen zu Abstimmungen und Wahlen zu finden. Im Bereich «Kampagnen» ist zwar zu
lesen, dass der Verband auch gesellschaftliche Bewegungen wie den Frauenstreik unter-
stützt. Auf der gleichen Seite findet sich im Rahmen der Kampagne zur Sozialcharta jedoch
ein Hinweis, der die Dimension dieser Unterstützung ziemlich deutlich aufzeigt:

«Trotz diverser Aktivitäten besteht mit den aktuellen politischen Mehrheiten keine Aussicht
auf eine mögliche Ratifikation. Nach über 10 Jahren Engagement entscheidet sich die Kam-
pagnenleitung im Herbst 2018, auf eine Weiterführung zu verzichten.» (<https://avenirsocial.ch/was-wir-tun/kampagnen/>)

Aufgrund dieser Befunde liegt der Verdacht nahe, dass sich Avenir Social zwar als politi-
sches Sprachrohr der Sozialarbeitenden sieht und sich auch tatsächlich in den ver-
schiedensten Bereichen zu Themen äussert, die die Soziale Arbeit betreffen. Das Engage-
ment scheint sich aber stark auf die politischen Gremien zu beschränken. Ein
weitergehendes politisches Mandat ist zuweilen nicht erkennbar.

In Artikel 14 der Statuten findet sich jedoch noch der Hinweis, dass sich die Mitglieder ver-
pflichten, nach den Richtlinien des Berufskodex zu handeln. Es soll deshalb an dieser Stelle
noch ein Blick in dieses Werk geworfen werden.

In den Ziffern 5.7. und 5.8. wird festgehalten, dass die Soziale Arbeit Veränderungen zu
fördern hat, die die Menschen unabhängiger von der Sozialen Arbeit werden lassen. Sie
nutzt dabei ihre Netzwerke und initiiert bzw. unterstützt sozialpolitische Interventionen. So-
weit gleichen sich die Artikel der Statuten und des Berufskodex. Nun folgen aber Texte, die
in mehrfacher Hinsicht über das Bisherige hinausgehen. In Ziffer 5.10. wird explizit das
Triple-Mandat von Silvia Staub-Bernasconi erwähnt, nach der Sozialarbeitende dem eigen-
en Professionswissen, der Berufsethik und den Prinzipien der Menschenrechte verpflich-
tet seien. Es sei sogar dieses dritte Mandat, welches die Professionellen durch Konflikte
zwischen den beiden anderen Mandaten steuert. Der Bezug auf das dritte Mandat ist eine
erste Andeutung darauf, dass auch von Seiten des Berufsverbands ein weit gefasstes po-
litisches Mandat gutgeheissen werden könnte. In der Folge finden sich tatsächlich noch
weitere Hinweise, die in die gleiche Richtung zielen. So werden die Sozialarbeitenden in
Ziffer 6.4. dazu ermuntert, zur Diskussion stehende Handlungen persönlich zu verantworten
und sie gegen Einwände zu verteidigen. In Ziffer 7.3. erfolgt erneut der Verweis auf die

Menschenrechte und die soziale Gerechtigkeit als Zentralwerte der Profession. Sehr konkret wird es in Ziffer 9.7., in der die Verpflichtung zur Aufdeckung von ungerechten Praktiken festgehalten wird. Sozialarbeitende werden aufgefordert, diese öffentlich zu machen und entsprechende Aufträge zurückzuweisen. Dies geht nun eindeutig über ein politisches Engagement hinaus, das auch ohne explizites politisches Mandat möglich wäre (vgl. Avenir Social 2010).

Der Standpunkt des Berufsverbands ist somit nicht völlig eindeutig. Es geht aus seinen Schriften und dem Internetauftritt zwar klar hervor, dass er sich als Vertreter aller Sozialarbeitenden in politischen Prozessen engagiert und den Standpunkt aus Sicht der Profession offensiv vertritt. Ein darüber hinaus gehendes Engagement, das z.B. soziale Bewegungen aktiv fördert oder Plattformen anbietet, die explizit kritischen Strömungen Raum geben, ist zumindest auf den ersten Blick nicht erkennbar. Andererseits kann aus den zitierten Stellen im Berufskodex geschlossen werden, dass Avenir Social auch eine Soziale Arbeit, die sich aktiv zu ihrem politischen Mandat bekennt, unterstützt. Somit kann zumindest ausgeschlossen werden, dass der Berufsverband ein klarer Gegner eines politischen Mandats ist.

2.4.6 Zusammenfassung

Wie aus diesem Kapitel hervorgegangen ist, erhitzt die Frage nach einem politischen Mandat bis in die heutige Zeit die Gemüter. Obwohl eine gewisse Politikimmanenz der Sozialen Arbeit unbestritten ist, scheiden sich an der konkreten Ausgestaltung der politischen Aktivitäten doch die Geister.

Ablehnende Stimmen betonen den Ursprung der Sozialen Arbeit als helfende Tätigkeit, die Menschen in schwierigen Lebenssituationen unterstützt. Sie fokussieren auf den Dienstleistungscharakter und halten fest, dass die Aufträge der Sozialarbeitenden mehrheitlich von der organisierten Politik stammen, da zahlungskräftige Klienten eher die Ausnahme seien. Eine grundlegende Staats- und Gesellschaftskritik sei deshalb dysfunktional und wirke den Zielen der Sozialen Arbeit entgegen (vgl. Scherr 2001: 114).

Die befürwortende Seite hingegen hat noch die gesellschaftlichen Umwälzungen der 1970er-Jahre im Hinterkopf. Sie weist darauf hin, dass eine Soziale Arbeit ohne politisches Mandat zum Spielball neoliberaler Politik werde und ihre Ideale nicht mehr vertreten könne. Da ein direktes rechtliches oder gesellschaftliches Mandat nicht ohne Schwierigkeiten herzuweisen ist, bedienen sich die Fürsprecher des politischen Mandats bei der Theorie von

Silvia Staub-Bernasconi, die als Erweiterung des Doppelmandats mit dem Professionswissen noch ein drittes Mandat eingeführt hat. Gestützt auf dieses wird es möglich, sich als Profession selbst ein Mandat zu erteilen, die Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit als Leitwerte anzusehen und sich im sozialarbeiterischen Alltag politisch zu äussern. Dies wird durch die einschlägigen Werke des Berufsverbands in der Schweiz zumindest ermöglicht.

Nachdem die theoretischen Positionen zum politischen Mandat geklärt sind, sollen im nächsten Kapitel die konkreten Auswirkungen dieser Debatte beleuchtet werden.

2.5 Konsequenzen für die Soziale Arbeit

Um die Frage zu beantworten, wie politisch Soziale Arbeit heute sein soll, waren die theoretischen Betrachtungen zum politischen Mandat eine wichtige Grundlage. Damit ist aber noch nicht geklärt, was die Folgen der unterschiedlichen Beantwortung dieser Frage konkret für Auswirkungen haben. Diesem Aspekt soll in diesem Kapitel nachgegangen werden.

In einem ersten Schritt soll aufgezeigt werden, was die Ablehnung des politischen Mandats für die praktische Soziale Arbeit bedeutet. Dieser Zustand entspricht weitgehend dem Status Quo und wird deshalb an den Anfang gestellt. Hier soll auch die Perspektive des Autors als Student der Sozialen Arbeit einfließen.

In einem zweiten Schritt soll dann gezeigt werden, wie eine Soziale Arbeit aussehen könnte, die sich ein politisches Mandat zuschreibt. Da ein solches Professionsverständnis aktuell höchstens als Randerscheinung existiert, beruht dieses Kapitel auf Denkanstößen und in der Praxis noch wenig erprobten Konzepten, die sich in weiten Teilen auf die Überlegungen des amerikanischen Sozialwissenschaftlers David D. Gil stützen.

Danach sollen die beiden Konzepte verglichen und zum Abschluss einige aktuelle Beispiele aus der Praxis vorgestellt werden.

2.5.1 Soziale Arbeit ohne politisches Mandat

Eine Soziale Arbeit ohne politisches Mandat legt den Fokus auf die konkrete Verbesserung der Situation ihrer Klientinnen und Klienten. Sie versucht, innerhalb der vorhandenen Möglichkeiten das Beste für die Adressatinnen und Adressaten herauszuholen. Diese Strategie kann je nach Arbeitsfeld zu mehr oder weniger befriedigenden Resultaten führen. Ein wichtiges Element dieser Professionsauffassung ist, dass die Sozialarbeitenden bei ihrer Tätigkeit in jedem Fall an die geltende Rechtsordnung gebunden sind. Dies bedeutet aber nicht, dass sie sämtliche geltenden Gesetze einfach so hinnehmen müssen. Widersprechen die Vorgaben aus Recht und Politik den Grundwerten der Profession, so sollen die Sozialarbeitenden via Berufsverband auf den politischen Prozess Einfluss nehmen und eine Änderung der bestehenden Gesetze verlangen (vgl. Becker-Lenz/Müller 2009: 369). Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, die Klientinnen und Klienten dazu zu ermuntern und ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie selbst auf den politischen Prozess Einfluss nehmen können. Dies hat den Vorteil, dass ihre Autonomie und Integrität vollständig respektiert werden und

die Sozialarbeitenden nicht für andere Personengruppen sprechen müssen. Ebenfalls gefordert sind die Sozialarbeitenden, indem sie als Privatpersonen im Rahmen ihres Bürgerrechts am politischen Prozess im Sinne ihrer Professionsideale teilnehmen.

Diese Professionsauffassung hat sehr viele Vorteile. Durch die Einbindung in das sozialstaatliche System erschliessen sich der Sozialen Arbeit deutlich mehr Möglichkeiten, ihrer Klientel Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen, als wenn sie als kritische Stimme ausserhalb des Systems auftreten würde. Dadurch wird ebenfalls die interprofessionelle Kooperation erleichtert, die für viele Bereiche der Sozialen Arbeit fundamental ist. Sie muss sich nicht ständig um die Finanzierung ihrer Angebote sorgen und geniesst innerhalb der Gesellschaft ein gewisses Ansehen.⁶

Auch im Hinblick auf die Ausbildung neuer Fachkräfte hat dieser Ansatz einen erheblichen Beitrag zur heutigen Situation geleistet. Soziale Arbeit kann in der Schweiz an verschiedenen Fachhochschulen studiert werden und die Berufsaussichten für die Absolventinnen und Absolventen sind verhältnismässig gut. Nicht zuletzt diesen Fortschritten im Bereich der Ausbildung ist es zu verdanken, dass die meisten Stellen der Sozialen Arbeit heute mit Professionellen der eigenen Disziplin besetzt sind.

Neben diesen zahlreichen positiven Aspekten gibt es aber auch einige Punkte, die unbefriedigend sein können. Ohne das politische Mandat können Sozialarbeitende in die Situation kommen, dass sich der Auftrag der Klientinnen und Klienten und der Auftrag vonseiten der Organisation bzw. des Staates widersprechen. Konsequenterweise müssten die Professionellen nun dem Organisationsauftrag folgen, was dazu führen kann, dass sich die Adressatinnen und Adressaten nicht vollumfänglich unterstützt fühlen. Bei der Ausbildung müssen sich die Studieninhalte zumindest einigermaßen innerhalb des Systems bewegen, da es offensichtlich nicht im Interesse des Staates sein kann, Hochschulen zu finanzieren, die Absolventinnen und Absolventen hervorbringen, die zu einem wesentlichen Teil Gesellschaftskritik ausüben.

⁶ Auch wenn dieses Ansehen noch bei weitem nicht mit demjenigen anderer Professionen vergleichbar ist. Der Autor kann dies aus eigener Erfahrung bestätigen, da er vor der Sozialen Arbeit ein Bachelor-Studium in der Jurisprudenz absolvierte. Während er zu seiner Zeit an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät mit sehr viel Anerkennung überhäuft wurde, wenn es um Fragen der beruflichen Zukunft ging, ist das Gespräch in seiner heutigen Situation als Student der Sozialen Arbeit meistens schnell zu Ende.

Summa summarum kann festgehalten werden, dass die Soziale Arbeit als moderner Dienstleistungsberuf auch ohne politisches Mandat viele Erfolge erzielt und für ihre Klientinnen und Klienten Einiges erreicht hat.

2.5.2 Soziale Arbeit mit politischem Mandat

An dieser Stelle soll nun also vor allem in Anlehnung an David G. Gil ein Ansatz entworfen werden, wie eine Soziale Arbeit aussehen könnte, die sich explizit ein politisches Mandat zuschreibt. Nachfolgend wird diesbezüglich von einer «anderen» oder einer «kritischen» Sozialen Arbeit gesprochen, ohne dabei dem Verständnis einer Sozialen Arbeit ohne politisches Mandat die Fähigkeit zur Kritik abzusprechen. Im Anschluss an diese Skizze soll analog zum ersten Teil dieses Kapitels ein Blick auf die Auswirkungen geworfen werden, die eine solche Auslegung des Professionsverständnisses haben könnte.

Das grundlegende Problem, weshalb Ansätze kritischer Sozialen Arbeit die Praxis weitgehend noch nicht erreicht haben, liegt gemäss Silvia Staub-Bernasconi darin, dass den Sozialarbeitenden theoretische Kenntnisse über Themen wie Ungerechtigkeit, Unterdrückung oder Menschenrechtsverletzungen fehlen und sie somit auch keine Strategien zu ihrer Überwindung kennen (vgl. Staub-Bernasconi 2018: 122).

Kunstreich und Lutz weisen auf ein weiteres Problem hin, das die mangelnde theoretische Ausbildung der Sozialarbeitenden im Bereich kritischer Theorien mit sich bringt. Ursprünglich im kritischen Sinne verwendete Begriffe werden von den herrschenden Diskursen bruchlos vereinnahmt. Prominente Beispiele dafür sind die Schlagworte Aktivierung und Partizipation, die in der Theorie kritischer Sozialarbeit eine andere Bedeutung hatten, als ihnen in der heutigen Praxis zugewiesen wird. Aktivierung stand für einen Prozess, in dem sich Menschen eigenständig um ihre Probleme kümmern und dafür streiten, während der Ausdruck im «Aktivierenden Staat» zu einem «Fördern und Fordern» im Sinne der vorherrschenden Normen wird. Partizipation stand für das Recht der Teilhabe an der Gestaltung gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse und wird immer noch in diesem Sinne propagiert, ohne jedoch die dahinter wirkenden Machtungleichgewichte zu berücksichtigen: Wer sich nicht beteiligt, ist selber schuld (vgl. Kunstreich/Lutz 2006: 12).

Folgerichtig definiert Gil die Schliessung der theoretischen Lücke über die Einsichten in Ursachen und Wissen über Strategien, wie ungerechte und unterdrückende Praxen und Institutionen in gerechte und gewaltfreie Alternativen überführt werden können, als primäres Ziel der Etablierung kritischer Sozialer Arbeit (vgl. Gil 2006: 19).

2.5.2.1 Theoretische Betrachtungen

Die zentrale Aussage von Gil besteht darin, dass er Ungerechtigkeit und Unterdrückung als Teil gesellschaftlicher Systeme betrachtet. Der erste Schritt besteht nun darin, ein Verständnis dieser Prozesse zu erwerben.

Gil definiert Unterdrückung als einen Modus menschlicher Beziehungen, der von Herrschaft und Ausbeutung geprägt wird, während Ungerechtigkeit eine gewaltsam eingeführte und aufrechterhaltende Form der Ungleichheit, Diskriminierung und menschenunwürdige bzw. menschliche Entwicklung verhindernde Lebensbedingungen bezeichnet, die die herrschenden Gruppen den beherrschten Schichten aufzwingen. Ihr Mittel zur Durchsetzung dieser Ausbeutung ist die Herrschaft und hat zum Ziel, privilegierte Lebensbedingungen für bestimmte Bevölkerungsschichten zu etablieren. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Gerechtigkeit dann gegeben wäre, wenn Ausbeutung und Herrschaft aufgelöst würden (vgl. Gil 2006: 30).

Ein wichtiger Mechanismus zur Verwirklichung dieser Herrschaft und Ausbeutung, sozialer Ungerechtigkeiten und der damit einhergehenden Freiheitsbeschränkungen besteht darin, dass die Verhältnisse als normal dargestellt werden. Wenn die Unterdrückten die geltenden Systeme als unausweichlich betrachten, droht keine Gefahr einer Veränderung. Ein kräftiges Herrschaftselement besteht somit in der Verleugnung der Ungerechtigkeiten und der Unterdrückung sowie ihrer Rechtfertigung als säkulare Manifestationen von Recht und Ordnung. Diese Strategie war wohl während der gesamten Menschheitsgeschichte das beste Mittel, die jeweils vorherrschenden Systeme zu verteidigen und zu legitimieren (vgl. ebd.: 29).

Wie so oft ist die Sache aber nicht ganz so einfach, wie sie auf den ersten Blick scheint. Gesellschaften, die unterdrückende und ungerechte Elemente enthalten, lassen sich nämlich kaum einfach in Unterdrücker und Unterdrückte unterteilen. Es kommt der Realität viel näher, dass sich die Menschen in verschiedenen Situationen in der Rolle der Privilegierten, in anderen Momenten aber in der Rolle der Unterdrückten vorfinden. Unterdrückung ist nämlich kein statischer Zustand, sondern ein dynamischer Prozess (vgl. ebd.: 31). Dies kann an einem einfachen Beispiel veranschaulicht werden. Nehmen wir als Beispiel einen dunkelhäutigen, homosexuellen Manager, der in der Geschäftsleitung eines grossen Pharmaunternehmens arbeitet. In seiner beruflichen Position hat er sehr viel Macht und kann über das berufliche Leben vieler Mitmenschen bestimmen. Durch sein Einkommen stehen ihm in seiner Freizeit unzählige Möglichkeiten offen, die viele seiner Mitbürgerinnen und

Mitbürger nicht haben. Als dunkelhäutiger und homosexueller Mensch hingegen gehört er zu Minderheiten, die auch in der heutigen Zeit noch mit gesellschaftlichen⁷ oder rechtlichen⁸ Diskriminierungen leben müssen. Die Sichtweise auf die Dynamiken der Unterdrückung anhand verschiedener Zugehörigkeitslinie hat in der jüngeren Geschichte der Sozialen Arbeit im Rahmen der Intersektionalität bereits Einzug gehalten.

Gil geht nun aber einen Schritt weiter und möchte untersuchen, an welchen Stellen Unterdrückung gesellschaftlich bereits institutionalisiert und durch Sozialisationsprozesse im Bewusstsein der Menschen verankert sind, weil diese die Ursache der bestehenden Hierarchien sind. Er hat diesbezüglich fünf gesellschaftliche Schlüsselinstitutionen benannt (Gil 2006: 31):

1. Ressourcenverwaltung (Entwicklung, Management, Kontrolle, Nutzung und Besitzverhältnisse).
2. Organisation von Arbeit und Produktion.
3. Austausch und Verteilung der Produkte menschlicher Arbeit, der konkreten und symbolischen Güter und Dienstleistungen sowie der sozialen, bürgerlichen und politischen Rechte und Pflichten.
4. Regierungsform und Legitimation.
5. Biologische Reproduktion, Sozialisation und soziale Kontrolle.

Will sich eine kritische Soziale Arbeit das ambitionierte Ziel setzen, ungerechte und unterdrückende Modi gesellschaftlicher Systeme umzuwandeln, müssen die Funktionsweisen dieser Schlüsselinstitutionen erkannt, analysiert und auf eine Änderung hingewirkt werden (vgl. ebd.: 32).

Gil betont, dass die Funktion Sozialer Arbeit und Sozialer Dienstleistungen oft darin bestanden habe, die Intensität von Ungerechtigkeit und Unterdrückung durch ihre Modifizierung oder Regulieren abzumildern, jedoch nie zum Ziel hatte, sie als Ganzes mit all ihren Konsequenzen abzuschaffen (vgl. ebd.: 34).

Wie kann diese Analyse nun aber sinnvollerweise begonnen werden? Gil schlägt vor, sich historische Gesellschaftssysteme und ihre Funktionsweisen zu vergegenwärtigen. Es geht

⁷ Beispielsweise durch das «Racial Profiling», nach dessen Theorie dunkelhäutige Menschen in den Ländern des Westens häufiger von der Polizei kontrolliert werden.

⁸ Indem z.B. in der Schweiz nach wie vor keine Möglichkeit besteht, zu heiraten.

dabei nicht darum, zu früheren Gesellschaftssystemen zurückkehren zu wollen, sondern aus den Werten und Lebensweisen von damals Erkenntnisse zu gewinnen, die dafür genutzt werden können, um unsere Fähigkeiten auszuweiten, Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen in der heutigen Zeit zu erkennen und zu überwinden (vgl. ebd.: 41).

Ein interessanter Wendepunkt in der Geschichte menschlicher Gesellschaften ist der Übergang vom Nomadentum zur Sesshaftigkeit. Damit ging eine Funktionalisierung der Gesellschaft einher. Als die Menschen noch von Ort zu Ort zogen, mussten sie sich pausenlos an neue Gegebenheiten anpassen. Ihre Stärken lagen eher darin, mit den verschiedensten Situationen zurecht zu kommen und anpassungsfähig zu sein. Die dauerhafte Niederlassung an einem Ort begünstigte dann aber die Entstehung von unterschiedlichen Lebensweisen der verschiedenen Untergruppen. Durch die neu gewonnene Stabilität konnten sich die Teilgesellschaften spezialisieren und entwickelten neue Kenntnisse, Interessen, Werte und Ideologien. Sie erarbeiteten sich erstmals auch ökonomische Überschüsse und mussten nicht mehr andauernd auf die Jagd gehen. Diese Elemente waren die Grundbedingungen für die Entstehung von Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung (vgl. ebd.: 42).

Unter diesen Voraussetzungen entwickelten sich erste Muster zur Etablierung von Ungerechtigkeiten und Unterdrückung gegenüber Fremden und ihren Ressourcen, aber auch gegenüber eigenen Gesellschaftsmitgliedern. Kern der Motivation dieser Handlungen, die sich damals in Form von Gewaltherrschaft und Sklaverei manifestierten, waren die ökonomische Ausbeutung der Ressourcen und der produktiven Fähigkeiten der Unterworfenen. Zwar bildeten sich mit der Zeit auch soziale, psychologische und ideologische Dimensionen dieser unterdrückenden Beziehungen heran, der Ursprung der Motivation dürfte aber stets im ökonomischen Gewinn liegen. Dies gilt auch für modernere Formen von Unterdrückung wie beispielsweise die ständischen Hierarchien, Sexismus, Rassismus, Ethnozentrismus und dergleichen (vgl. ebd.: 45). Wenn heutzutage gegen Sozialhilfebeziehende ins Feld gezogen wird, so verbirgt sich dahinter wohl jeweils eine Angst vor einem allfälligen eigenen ökonomischen Abstieg.

Wichtig ist dabei, dass die verschiedenen Erscheinungsformen von Unterdrückung nicht bloss als einzelne Phänomene angesehen werden, sondern die Systematik ihrer Funktionsweise dahinter verstanden wird. Zwar haben die in jüngerer Vergangenheit durchgeführten Analysen der verschiedenen Unterdrückungsphänomene in den Einzelbereichen vor allem aus psychologischer Sicht einiges zur Linderung der Auswirkungen für die Betroffenen beigetragen. Aus der Perspektive der kritischen Sozialen Arbeit sollte diese Fragmentierung aber bewusst überwunden werden (vgl. ebd.: 51f.).

2.5.2.2 Strategien für eine Gesellschaftsveränderung

Es soll an dieser Stelle noch einmal klargestellt werden, dass auch die kritische Soziale Arbeit die Notwendigkeit, kurzfristige Wirkungen zu erzielen und Nothilfe zu leisten, nicht nur nicht in Frage stellt, sondern sie aus ethischer Perspektive ausdrücklich als angemessen betrachtet, um die direkten Folgen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung so schnell wie möglich zu verringern. Diese kurzfristigen Massnahmen dürfen aber nicht mit dem langfristigen Ziel einer grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung verwechselt werden oder dieses gar ersetzen (vgl. Gil 2006: 57).

Ebenfalls einleuchtend scheint, dass solche Veränderungen nicht von heute auf morgen, durch spontane oder gar revolutionäre Ereignisse erreicht werden können. Nötig ist ein langfristiger Prozess, der auf die Bildung kritischen Bewusstseins in breiten Kreisen der Bevölkerung abzielt. Es geht darum, die Kräfte und Prozesse, die die unterdrückenden und ungerechten Gesellschaftsformen erhalten und reproduzieren, sichtbarzumachen und letztlich zu überwinden (vgl. ebd.: 63).

Gil gesteht ein, dass dies ein schwieriges Unterfangen darstellt. Bereits die Sozialisation von Kindern ist von emotionalen, physischen, sozialen und ökonomischen Abhängigkeiten von den Erwachsenen geprägt. Bei gefälligem Verhalten werden Belohnungen ausgesprochen, unerwünschtes Verhalten wird bestraft. Kinder lernen selten, diese Vorgaben der Erwachsenen in Frage zu stellen, sondern erachten sie als unveränderbar (vgl. ebd.: 69). Die Internalisierung sozialer Werte, die den mächtigeren gesellschaftlichen Gruppen dienen, wird nach diesem Muster regelmässig zwangsweise erreicht und später durch Sozialisationsprozesse und soziale Kontrollen ergänzt oder durch Mythologien, organisierte Religionen oder Ideologien ersetzt (vgl. ebd.: 71).

Dabei geht vergessen, dass die beherrschten Klassen oft in der Überzahl sind und damit die Möglichkeit hätten, sich gegen die bestehenden Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen. Bezogen auf gesellschaftliche Systeme hätten die unteren Schichten somit theoretisch die Chance, die erwähnten Funktionsweisen und Institutionen in ihrem Sinne so zu verändern, dass die eigenen Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden. Indem sie aber die Werte hochhalten, die die Privilegien der oberen Schichten stützen, statt sie zu hinterfragen und kritisches Bewusstsein zu entwickeln, rücken fundamentale Veränderungen der Lebensweisen und Gesellschaftsordnungen in weite Ferne. Dabei wäre solch kritisches Bewusstsein die Achillesferse jeder Sozialordnung, weil dadurch alternative Ideologien und

Visionen entwickelt werden können (vgl. ebd.: 72f.). Genau darin sieht Gil die Hauptaufgabe einer kritischen Sozialen Arbeit.

Nachfolgend muss noch geprüft werden, inwiefern Sozialarbeitende selbst solche Veränderungen anstossen können oder ob Bündnisse mit anderen Akteuren angezeigt sind. Dass eine solche Soziale Arbeit sich ein politisches Mandat zugesteht, ist offensichtlich und bedarf keiner näheren Erläuterung.

Gil sieht Handlungsmöglichkeiten auf verschiedenen Ebenen. Im gewöhnlichen Alltag kritischer Sozialarbeitenden können sie bei ihren Begegnungen bewusst von systemstützenden Verhaltensweisen abweichen, kritische Fragen zu den geltenden Praxen stellen und die Menschen in Gespräche über die aktuellen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenhänge verwickeln und ihnen aufzeigen, inwiefern sie auch persönlich davon betroffen sind (vgl. ebd.: 80).

In der beruflichen Praxis soll der Fokus nicht in erster Linie auf den individuellen Ursachen der verhandelten Probleme liegen, indem die persönliche Anpassung an eine unveränderliche Realität angestrebt wird. Kritische bzw. radikale Sozialarbeitende sollen bei allen Problemlagen dieselben Themen auch in Bezug auf die herrschenden sozialen, ökonomischen und politischen Institutionen diskutieren. Solche Verhaltensweisen können dazu führen, dass die Professionellen der Sozialen Arbeit in Konflikte mit ihren Vorgesetzten geraten, wenn diese andere Ansätze vertreten. Gil empfiehlt in diesen Situationen eine Strategie des Testens und Einhaltens der am jeweiligen Arbeitsplatz bestehenden Grenzen. Dies bedeutet aber nicht, Kompromisse bei der eigenen politischen Haltung einzugehen. Es soll damit verhindert werden, dass die Strategie nicht die eigene Entlassung zur Folge hat. Nichtsdestotrotz bestehen natürlich Risiken, wenn das professionelle Handeln mit einem solchen Verständnis Sozialer Arbeit, welches in vielen Punkten dem aktuellen Mainstream widerspricht, angegangen wird. Umso wichtiger seien deshalb die Nutzung von Unterstützungsmöglichkeiten und Ratschläge ähnlich denkender Kolleginnen und Kollegen in entsprechenden Netzwerken oder im Rahmen sozialer Bewegungen. Als Soziale Bewegungen werden politische Kräfte oder Akteurinnen und Akteure verstanden, die sich für ausgegrenzte Vorstellungen und Problemwahrnehmungen einsetzen und damit gestaltend auf die Realitäten Einfluss nehmen wollen. Ihnen kommt neben Parteien und Verbänden bei der gesellschaftlichen Entwicklung deshalb eine wichtige Rolle zu (vgl. Eppler/Schär 2015: 21). Je mehr kritische Professionelle oder Aktivistinnen und Aktivisten eine solche Strategie ergänzend oder gar ersetzend zu ihrer sonstigen politischen Arbeit einsetzen, desto stärker

erhöht sich der politische Aktivismus, der auf die Veränderung herrschenden Bewusstseins und die Verbreitung kritischer Ansichten zielt (vgl. Gil 2006: 80f.)

Konkret können sich Sozialarbeitende bei der Umsetzung dieser Strategie auf einige Prinzipien stützen. Erstens soll die Forderung einer politischen Neutralität zurückgewiesen werden. Es sollen diejenigen Bestrebungen unterstützt werden, die sich für Soziale Gerechtigkeit und Emanzipation einsetzen. Politische Neutralität im vorliegenden Kontext erweist sich bei näherer Betrachtung ohnehin als Illusion, weil sie voraussetzen würde, dass der gesellschaftliche Status Quo weder unterstützt noch in Frage gestellt wird. Ein Nicht-in-Frage-Stellen der geltenden Gesellschaftsordnung bedeutet hier aber faktisch eine stillschweigende Unterstützung und nicht Neutralität. Das zweite Prinzip ist die aktive Bejahung gewisser Werte. Kritische Sozialarbeitende sollen sich bewusst für diejenigen Werte entscheiden, die im Kontrast zu den Werten ungerechter und unterdrückender Institutionen stehen. Solche Zentralwerte können Gleichheit, Freiheit, Kooperation oder Solidarität sein. Drittens soll ein rein technisch-professioneller Ansatz Sozialer Arbeit überwunden werden. Die erfolgte Fragmentierung in verschiedene Arbeitsfelder hat zwar für die Linderung persönlicher Not erhebliche Verbesserungen mit sich gebracht, weil die Bedürfnisse der Klientinnen und Klienten in den verschiedenen Lebensbereichen nun spezifischer einbezogen werden können. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, dass gewinnbringende Veränderungen meist nicht in Teilbereichen, sondern nur bezogen auf die gesamte Gesellschaftsordnung wirklich nachhaltig sind (vgl. ebd.: 138).

Der beschriebene Ansatz soll abschliessend anhand eines kleinen Beispiels veranschaulicht werden.

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wird die Ursache für Misshandlung und Verwahrlosung von Kindern in erster Linie in den persönlichen Eigenschaften der Erziehungsberechtigten gesehen. Ihnen wird die alleinige Verantwortung zugeschrieben und es wird von ihnen erwartet, dass sie sich verändern, da ihnen ansonsten das Sorgerecht entzogen würde. In eigenen Forschungen hat David Gil aber festgestellt, dass neben den Vorfällen in der Familie auch die Misshandlung von Kindern durch die Gesellschaft eine wichtige Rolle spielt und sie in Bezug auf das Ausmass und der Destruktivität der Konsequenzen sogar übersteigt. Ebenfalls besteht ein Zusammenhang zwischen der Misshandlung von Kindern durch ihre Erziehungsberechtigten und der Misshandlung ihrer Erziehungsberechtigten durch die Gesellschaft im Rahmen von Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, Armut, Fehlernährung, Wohnungslosigkeit, mangelnder Gesundheit oder Ausbildung, sozialer Devianz und belastender Arbeitsbedingungen. Die von Gil untersuchte, vorherrschende Praxis

transportierte aber vornehmlich punitive oder bedrohliche Botschaften an die Erziehungsberechtigten, wenn diese sich nicht veränderten. Diese Botschaften führen in der Regel zu antagonistischen Beziehungen zwischen Erziehungsberechtigten, Sozialarbeitenden und Schutzeinrichtungen und implizieren, dass die Gesellschaft «gut» sei und sich um die Kinder kümmere. Dies verschleiert den Einfluss einer Sozialpolitik, die vielen Familien Lebensbedingungen bereitstellt, die eine adäquate Kindererziehung zumindest erschweren. Im Rahmen einer kritischen Sozialen Arbeit werden die Akte der Misshandlung oder der Verwahrlosung keinesfalls entschuldigt oder geduldet und dies soll im Kontakt mit den Erziehungsberechtigten auch in aller Deutlichkeit erwähnt werden. Die Sozialarbeitenden vermeiden aber die erwähnten Drohungen und unterstützen die Erziehungsberechtigten darin, die Ursachen und Dynamiken ihrer eigenen Misshandlung durch die Gesellschaft zu erkennen und darüber zu sprechen. Sie suchen nach Wegen zur Reduktion der Belastungen und teilen ihre politischen Perspektiven mit dem Ziel, die Erziehungsberechtigten zu befähigen, ihre Verteidigungshaltung zu verlassen und ihren Ärger neu auszurichten. Durch diese dialogischen Begegnungen soll neben dem entstehenden Vertrauensverhältnis ein kritisches Bewusstsein gefördert und zur Selbstermächtigung der Betroffenen beigetragen werden. Diese Perspektiven und Prinzipien können offensichtlicherweise mit den geltenden Gesetzen und Politiken in Konflikt stehen. Kritische Sozialarbeitende sollen diese Konflikte annehmen und ihre Ansichten und Vorgehensweisen im Rahmen der erwähnten Strategie des Testens und Einhaltens von Grenzen offensiv vertreten (vgl. ebd.: 143f.)

2.5.2.3 Zusammenfassung

Auf den vorherigen Seiten wurden Möglichkeiten einer Praxis kritischer Sozialer Arbeit aufgezeigt, die ihr politisches Mandat als grundlegender Bestandteil ihres Handelns versteht. Die wichtigsten, miteinander zusammenhängenden Elemente dieses gewaltfreien und langfristigen Kampfes zur Überwindung von Ungerechtigkeit im Sinne von David Gil sollen hier noch einmal zusammenfassend festgehalten werden.

Die diesem Ansatz zugrunde liegende Theorie besagt, dass soziale Probleme der Menschen in der Regel von den gesellschaftlichen Institutionen, Politiken und Werten verursacht werden und weniger aufgrund individueller Eigenschaften der Betroffenen. Zwar können diese Probleme durch sozialarbeiterische Interventionen abgemildert werden, eine wirkliche Lösung erfordert jedoch eine Veränderung auf institutioneller Ebene (vgl. Gil 2006: 138). Dies führt zu einer doppelten und sich manchmal widersprechenden Zielstellung. Die damit zusammenhängenden Widersprüche lassen sich von den Sozialarbeitenden auflösen, indem sie sich die Unterschiede, Parallelen und Komplementaritäten zwischen den

kurzfristigen und langfristigen Zielen bewusst machen und es vermeiden, kurzfristige Massnahmen als Ersatz für langfristige Ziele anzusehen (vgl. ebd.: 121).

Das Erreichen der langfristigen Ziele erfordert einige Ausdauer und einen angemessenen Umgang mit Konflikten. Es müssen konsequent Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen artikuliert und Visionen von gerechten und unterdrückungsfreien Gesellschaften verbreitet werden. Ein mögliches Mittel dazu besteht im Aufbau sozialer Bewegungen, die sich den entsprechenden Werten verschreiben (vgl. ebd.: 91).

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass die Etablierung dieser alternativen Form der Sozialen Arbeit auch einer Anpassung der Ausbildung bedürfte. Das Ziel der Entwicklung kritischen Bewusstseins müsste bereits in den Ausbildungsstätten angestrebt werden, indem die Bedingungen und Dynamiken menschlicher Entwicklung und allfällige Hindernisse für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung thematisiert und unterschiedliche Varianten der gesellschaftlichen Organisation diskutiert werden. Die Annahme der Unveränderlichkeit gesellschaftlicher Schlüsselinstitutionen müsste hinterfragt und die politischen Möglichkeiten eruiert werden. Besonders geeignet dafür wären kooperative, hierarchiefreie Bedingungen, die Lehrende und Studierende gemeinsam nach Wissen und Erkenntnis streben lassen. Unter solchen Verhältnissen wäre Bildung wechselseitig und dialogisch und verkommt nicht zur Einbahnstrasse (vgl. ebd.: 150).

2.5.3 Vergleich der beiden Ansätze

Die nähere Betrachtung der beiden vorgestellten Ansätze Sozialer Arbeit hat ergeben, dass eine grundlegende Politikimmanenz von keiner Seite bestritten wird. Die tägliche Arbeit der Sozialarbeitenden hängt in starkem Masse von den Vorgaben ab, die durch die politischen Entscheidungsprozesse entstehen oder verändert werden.

Keine Einigkeit besteht jedoch darüber, in welchem Ausmass Soziale Arbeit politisch aktiv sein soll. Diese Debatte hat sich rund um die Frage entwickelt, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat besitzt.

Die Vertreterinnen und Vertreter des ersten Ansatzes sind der Meinung, dass Soziale Arbeit zwar einen professionellen Auftrag, jedoch kein politisches Mandat besitzt. Das bedeutet, dass Sozialarbeitende sich zu politischen Themen äussern sollen, wenn sie im Rahmen der Fallbearbeitung auf Sachverhalte stossen, die ihren Professionsidealen zuwiderlaufen. Sie versuchen, sich im Rahmen der üblichen staatsbürgerlichen Mitwirkungsmöglichkeiten und

auf Verbandsebene in die politische Debatte einzubringen. Darüber hinaus halten sie sich jedoch an die geltenden Vorgaben. Dieser Ansatz entspricht der heute vorherrschenden Meinung und sieht Soziale Arbeit als Dienstleistungsberuf, eingebettet im Sozialstaat.

Der vorgestellte kritische Ansatz fordert ein weitergehendes Engagement von den Professionellen der Sozialen Arbeit. Sie sollen sich nicht nur in Einzelfällen und auf den erwähnten Kanälen in die politische Debatte einschalten, sondern ihre gesamte Tätigkeit als politische Arbeit verstehen. Sie sollen sich bei sämtlichen Interventionen überlegen, inwiefern diese die geltenden Institutionen und Praktiken stützen und welche Werte damit vertreten werden. Kommen sie zum Schluss, dass die Handlungen herrschende Ungerechtigkeit oder Unterdrückung reproduziert oder verstärkt, sollen sowohl die Trägerinnen und Träger als auch die Klientinnen und Klienten offensiv darauf angesprochen werden. Gegenüber den Vorgesetzten sollen berufliche Praxen, die dem eigenen Professionsverständnis entgegenstehen, im Rahmen der Strategie des Testens und Einhaltens von Grenzen abgeschafft oder zumindest eine Diskussion darüber in Gang gebracht werden. Die Adressatinnen und Adressaten sollen dazu ermuntert werden, sich ebenfalls für eine Veränderung der Verhältnisse einzusetzen, die für die eruierten Probleme verantwortlich sind. Sozialarbeitende sollen sich nicht nur in der institutionellen Politik, sondern auch in kritischen Netzwerken und Sozialen Bewegungen einbringen.

Die Frage, ob der Sozialen Arbeit ein politisches Mandat zugeschrieben wird, hat folglich erhebliche Auswirkungen auf das berufliche Handeln der Professionellen. Im letzten Teil dieses Kapitels sollen einige Beispiele aus der Praxis beschrieben werden, die den kritischen Ansatz verdeutlichen und einen kleinen Einblick in aktuelle Entwicklungen geben sollen.

2.5.4 Beispiele aus der Schweizer Praxis

Kritische und im dargelegten Sinne politische Soziale Arbeit hat es am Rand des Mainstreams bereits gegeben. Besonders unter dem Einfluss sozialer Bewegungen kam es zum Austausch mit den Bereichen klassischer Sozialer Arbeit. Nachdem diese Wechselwirkungen zeitweise verschwunden waren, kamen in der jüngeren Vergangenheit sowohl in der beruflichen Praxis als auch in der wissenschaftlichen Reflexion erneut kritische Stimmen zu Wort (vgl. Epple/Schär 2015: 14). Drei dieser jüngsten Beispiele aus der Schweiz sollen an dieser Stelle vorgestellt werden: Die Sans-Papier-Bewegung, das Forum für Kritische Soziale Arbeit und die vierte Studienform an der Fachhochschule Nordwestschweiz.

2.5.4.1 Die Sans-Papier-Bewegung

Die Arbeit mit Menschen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung ist gleich im doppelten Sinne am Rand angesiedelt.

Einerseits handelt es sich bei dieser Klientel um Menschen, deren Position in der Gesellschaft noch jenseits der Randständigkeit liegt, mit der sich Soziale Arbeit ohnehin beschäftigt. Während beispielsweise Obdachlosen oder Aussteigern ein Mindestmass an Unterstützung zugebilligt wird, trifft dies auf Sans-Papiers aufgrund ihrer fehlenden Aufenthaltsbewilligung nicht zu. Die öffentliche Meinung vertritt die Ansicht, dass Menschen, die illegal in einem Land leben, auch keine Unterstützung verdienen. Zusätzlich erschwerend kommt hinzu, dass sich auch Personen, die Sans-Papiers beschäftigen, beherbergen oder in anderer Form unterstützen, strafbar machen (vgl. Epple/Schär 2015: 273).

Andererseits ist auch die Unterstützungsarbeit für Sans-Papiers am Rande des Mainstreams der Sozialen Arbeit angesiedelt. Wie anschliessend zu zeigen sein wird, entstand sie aus den politischen Kämpfen einer Sozialen Bewegung, die für die kollektive Regularisierung der Betroffenen eintrat. Sie wurde zwar inzwischen teilweise professionalisiert. Ein grosser Teil der Unterstützungsarbeit wird aber nach wie vor von Freiwilligen geleistet (vgl. ebd.: 273).

Die Bewegung entstand um die Jahrtausendwende, als das Thema mit ersten öffentlichkeitswirksamen Aktionen ins Bewusstsein einer breiteren Bevölkerungsschicht Einzug hielt. Innerhalb kürzester Zeit wurde ein soziales Problem sichtbar, welches bisher nur von Fachpersonen und Experten in diesem Bereich wahrgenommen wurde (vgl. ebd.: 291).

Den Anfang machten Kirchenbesetzungen in der französischen Schweiz, die nach einigen Monaten auch auf die Deutschschweiz übergingen. Menschen, die hier integriert waren, denen aber aufgrund der fehlenden Papiere die Ausschaffung drohte, wurden in den besetzten Kirchen untergebracht und somit vor staatlichem Zugriff geschützt, da die Polizei die kirchliche Autonomie respektierte und auf Räumungen verzichtete. Kurz darauf entstanden erste Komitees, die die schweizweite Koordination der verschiedenen Aktionen übernahmen und lokale und nationale Demonstrationen organisierten. Durch die andauernde öffentliche Präsenz entstand einiger politischer Druck. Die Bewegung wurde zu einem grossen Teil von Betroffenen selbst getragen. Die Tatsache, dass somit die eigenen Probleme thematisiert werden konnten und es keine Solidaritätsbewegung war, die für andere Interessen einstand, war ein wesentlicher Aspekt dafür, dass die Aktionen eine solche Kraft

entwickeln konnten (vgl. ebd.: 294). Ebenfalls konnte an die Tradition der Solidaritätsbewegungen angeknüpft werden, die bereits in den 1970er-Jahren entstanden waren. Zwar änderten sich Themenschwerpunkte regelmässig, es blieb aber ein gewisses Mobilisierungspotenzial erhalten. Dies zeigte sich vor der Sans-Papier-Bewegung auch bei den Jugendunruhen in Zürich, der Abstimmung über die Armee-Abschaffungs-Initiative oder bei der Fichenaffäre (vgl. ebd.: 279).

Die politische Bilanz der Aktivitäten fiel dann aber bescheiden aus. Zwar gab es eine kurze Phase, in der einige Härtefallentscheide im Sinne der Bewegung ausfielen. Politische Vorstösse waren aber chancenlos.

Trotzdem gab es auch positive Errungenschaften. Neben der bereits erwähnten Sensibilisierung der Öffentlichkeit entstand ein Netzwerk, aus dem professionelle Soziale Arbeit entstand. Schon während der aktiven politischen Phase sorgten Einzelpersonen, Unterstützungsgruppen und Beratungsstellen im Hintergrund dafür, dass Sans-Papiers Anlaufstellen hatten, an die sie sich mit ihren Problemen wenden konnten. Diese Unterstützungsarbeit bewegte sich am Rande der Legalität und nahm teilweise auch Züge zivilen Ungehorsams an. Auch als die politischen Aktivitäten in den Hintergrund rückten, bestanden diese Strukturen fort. So entstanden bleibende Angebote, die inzwischen teilweise professionalisiert wurden (vgl. ebd.: 305).

Diese teilprofessionellen Stellen waren nun auch in der Lage, mit den zuständigen Verwaltungs- und Dienstleistungsstellen pragmatisch zusammenzuarbeiten. Auf dieser Basis entstanden von Fall zu Fall Lösungen, die mithilfe von persönlichen Kontakten ausserordentliche soziale Härten verhindern konnten (vgl. ebd.: 309).

2.5.4.2 Das Forum für Kritische Soziale Arbeit (Kriso)

Seit dem Jahre 2010 bildeten sich unter dem Namen «Forum für Kritische Soziale Arbeit» (Kriso) in verschiedenen Regionen offene Foren für Professionelle der Sozialen Arbeit.

Die Kriso vertritt die Ansicht, dass die aktuellen neoliberalen Tendenzen einer progressiven Sozialen Arbeit und deren Klientel schaden, da die Prekarisierten der Gesellschaft noch stärker an den Rand gedrängt und ihre Situation verschärft wird. Sie fordert deshalb eine Soziale Arbeit, die für eine Gesellschaft ohne Armut und Ausgrenzung kämpft und nicht einfach als Verwalterin sozialer Probleme auftritt. Soziale Arbeit könne nur so progressiv sein, wie es der gesellschaftliche Rahmen gestatte.

Die Kriso solidarisiert sich deshalb mit denjenigen Kräften, die den sozialen Fortschritt vorantreiben. Im Rahmen von sozialberuflichen Organisationen, Arbeitskämpfen und sozialen Bewegungen sollen kritisches Wissen und emanzipatorische Theorien erarbeitet werden.

Die Kriso sieht sich als aktive Unterstützerin Sozialer Bewegungen aller Art, die aktuell nicht nur in der Schweiz einen Aufschwung erleben. Sie fordert, dass Professionelle der Sozialen Arbeit ihre Zurückhaltung ablegen und kritische Standpunkte offensiv vertreten. Insbesondere sollen die Würde ihrer Klientel verteidigt und Gesellschaftsverhältnisse angeprangert werden, welche diese Würde verletzen und Soziale Arbeit in Repressionsagenturen umwandeln.

Die Kriso sieht Handlungsbedarf auf drei Ebenen. Erstens sollen Sozialarbeitende für ihre Anliegen gewonnen werden. Es soll ein Bewusstsein über die aktuellen Probleme geschaffen sowie die Organisierungsbereitschaft mit dem Ziel gefördert werden, die Politisierung der Sozialen Arbeit voranzutreiben. Dazu veranstaltet die Kriso in diversen Regionen regelmässige Treffen und Podien für interessierte Kreise. Zweitens soll die Haltung der Sozialarbeitenden dahingehend beeinflusst werden, dass ein parteiisches Eintreten für die Klientel gefördert wird. Es gelte, eine ermächtigende an Stelle einer repressiven Haltung einzunehmen. Drittens sollen die sozialen Probleme der Gesamtgesellschaft mit dem Ziel vor Augen geführt werden, diese sichtbar zu machen und damit der neoliberalen Sozialpolitik entgegenzutreten (vgl. Forum für kritische Soziale Arbeit Schweiz 2011).

2.5.4.3 Die vierte Studienform an der Fachhochschule Nordwestschweiz

Die Fachhochschule Nordwestschweiz hat im Herbst 2019 im Sinne eines Pilotprojekts eine vierte Studienform eingeführt. Sie nennt sich «Freiform» und soll potenzielle Studierende ansprechen, die ihr Studium gerne selber in die Hand nehmen und die Kompetenzentwicklung eigenständig gestalten und steuern wollen.

Es handelt sich hierbei zwar nicht um ein Projekt aus den Kreisen kritischer Sozialer Arbeit. Einige Elemente entsprechend aber der Richtung, die auch Stimmen befürworten, die eine Politisierung der Sozialen Arbeit fordern. Deshalb soll diese neue Studienform an dieser Stelle kurz vorgestellt und im Hinblick auf die Thematik dieser Arbeit untersucht werden.

Bei der vierten Studienform bilden die Studierenden, die Mitarbeiter der Hochschule und die Fachpersonen aus der Praxis eine so genannte Community, in der sich alle auf Augen-

höhe begegnen sollen. Alle sollen ihre Erfahrungen und ihr Wissen einbringen, sich gegenseitig unterstützen und so voneinander lernen. Sie tun dies, indem sie in selbst organisierten Projekten offene Fragen zu gesellschaftlichen Herausforderungen bearbeiten.

Die Hochschule wirbt auch damit, dass sich die Studierenden in der Community selbst organisieren und somit autonom darüber bestimmen können, wie sie ihre Kompetenzen entwickeln. So können schon während des Studiums individuelle Schwerpunkte gesetzt und ein persönliches berufliches Identitätsprofil gebildet werden. Die Kompetenzentwicklung wird parallel zur Ausbildung in einem Portfolio festgehalten, welches von einem Coaching-Team begleitet wird und eine Orientierung im Rahmen von regelmässigen Feedbacks bieten soll. Analog zu den anderen Studienformen wird eine Praxisausbildung absolviert und eine Bachelor-Arbeit verfasst. Ein weiterer Punkt, in dem sich die Freiform erheblich von den anderen Formen unterscheidet, ist die Bewertung der erbrachten Leistungen. Diese erfolgt nicht wie inzwischen üblich mittels von Dozentinnen und Dozenten gesetzten Noten, sondern im Dialogverfahren aller Beteiligten, die gemeinsam bestimmen, ob die entsprechenden Leistungen mit «erfüllt» oder «nicht erfüllt» zu werten sind. Damit soll eine realistische Selbsteinschätzung gefördert werden (vgl. Fachhochschule Nordwestschweiz 2019).

Bis hierhin sieht es danach aus, als wäre die Freiform ideal für die Umsetzung einer wichtigen Bedingung zur Förderung kritischer Sozialer Arbeit. Wenn keine Inhalte mehr vorgegeben werden, könnte das Studium mit kritischem Wissen über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gefüllt und Strategien darüber entwickelt werden, wie diese verändert und gestaltet werden können.

Ob dem in der Praxis dann wirklich so ist, wird sich im Verlaufe der Zeit zeigen müssen. Eine erhebliche Einschränkung dieses Potenzials besteht darin, dass das Kompetenzprofil weiterhin vorgegeben wird und sich nicht von demjenigen unterscheidet, das den bisherigen Studienformen zugrunde liegt. Dies legt den Schluss nahe, dass den Studierenden zwar ein gewisser Gestaltungsfreiraum gewährt werden soll. Der Rahmen bleibt aber der gleiche, so dass nicht zu erwarten ist, dass Studierende der Freiform zu Professionellen mit gänzlich anderen Professionsidealen werden.

3 Schlussfolgerungen

Kommen wir nun zurück zur Ausgangsfrage, die lautete:

Wie politisch soll Soziale Arbeit heute sein?

Wir haben gesehen, dass in der Professionsgeschichte seit den 1970er-Jahren verschiedene Ausmasse des politischen Engagements vorherrschten. Im Rahmen der 68er-Bewegung wurden viele Sozialarbeitenden politisiert und setzten sich an verschiedenen Fronten für gesellschaftliche Änderungen inklusive einer angepassten Sozialen Arbeit ein. Parallel zu den politischen Erfolgen setzte eine Phase der Professionalisierung und Akademisierung ein. Sie führte dazu, dass Soziale Arbeit nun ein nicht unwesentlicher Teil des modernen Sozialstaats wurde, was zu einer gewissen Entpolitisierung führte. Sie stellte jetzt fachliche Konzepte der Arbeit mit ihren Adressatinnen und Adressaten in den Vordergrund und nicht mehr den politischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen. Um die Jahrtausendwende kamen im Fachdiskurs dann wieder vermehrt Diskussionen rund um die Thematik des Verhältnisses zwischen Politik und Sozialer Arbeit auf.

In Bezug auf den Begriff des politischen Mandats stellen sich zuerst grundsätzliche Fragen. Zuerst muss geklärt werden, wer hier wem ein Mandat erteilt. Während die Soziale Arbeit ohne Zweifel die Beauftragte ist, sind die potenziellen Auftraggebenden schwierig auszumachen. Grundsätzlich kämen die drei Instanzen in Frage, die auch im Rahmen des Triple-Mandats in Erscheinung treten. Es handelt sich dabei um die Klientel, die Gesellschaft⁹ oder die eigene Profession bzw. Disziplin. Es zeigt sich, dass es hinsichtlich des Politikbegriffs verschiedene Definitionsmöglichkeiten gibt. Je nach Theorietradition wird die Politik eher institutionell oder eher basisdemokratisch definiert. Wenn gefragt wird, wie politisch Soziale Arbeit sein soll, muss folglich jeweils geklärt werden, was mit dem Wörtchen «politisch» überhaupt gemeint ist.

In der Fachliteratur ist umstritten, ob die Soziale Arbeit über ein grundsätzliches politisches Mandat verfügt. Ablehnende Meinungen weisen darauf hin, dass es weder rechtliche noch politische Möglichkeiten gibt, ein solches Mandat herzuleiten. Die ein politisches Mandat

⁹ Die in Form von politischen Instanzen oder Verwaltungseinheiten, die in den Sozialstaat eingebettet sind, auftreten kann.

eher befürwortenden Positionen umgehen dieses Argument mit dem Hinweis, dass die genannten potenziellen Auftraggebenden gar nicht benötigt werden, da die Soziale Arbeit im Rahmen des dreifachen Mandats, welches von Silva Staub-Bernasconi begründet wurde, die Möglichkeiten besitzt, sich selbst fachliche Leitlinien zu setzen. Wenn nun die allgemeinen Menschenrechte und Soziale Gerechtigkeit, die beide in verschiedenen internationalen Ethik-Kodizes für Sozialarbeitende und auch im nationalen Berufskodex explizit erwähnt sind, als Grundwerte gewählt werden, kann daraus auch eine Verantwortung zur politischen Einmischung abgeleitet werden. Diese Verantwortung wiederum anerkennen auch die Vertreterinnen und Vertreter der Gegenposition an. Sie weisen jedoch darauf hin, dass es Wege gebe, sich im Rahmen der geltenden Gesetze und Institutionen fallbezogen in den politischen Diskurs einzubringen. Das genügt den Befürworterinnen und Befürwortern einer stärkeren politischen Einmischung jedoch nicht, weil die politischen Mehrheiten in der heutigen Zeit nur wenig Spielraum für Veränderungen im Sinn der professionellen Sozialen Arbeit lassen. Sie fordern deshalb ein darüber hinaus gehendes politisches Engagement.

Wie eine solche Strategie aussehen könnte, wurde anhand des Ansatzes von David Gil ausführlich dargelegt. In einem ersten Schritt müssten sich die Sozialarbeitenden vermehrt mit kritischen Gesellschaftstheorien auseinandersetzen, um die strukturellen Ursachen für Ungerechtigkeiten und Unterdrückung erkennen zu können. Ausgestattet mit diesem Wissen sollen sie sich in ihrer täglichen Arbeit gegen Praxen und Schlüsselinstitutionen wehren, die die vorhandenen Exklusionsmechanismen stärken. Sie sollen sogar so weit gehen, dass sie derartige Interventionen offensiv ablehnen, Konflikte mit ihren Vorgesetzten austragen und die Adressatinnen und Adressaten zu politischem Engagement auffordern. Sie sollen zwar weiterhin im Rahmen der persönlichen Unterstützung das größte Leid ihrer Klientel lindern. Sie müssen sich aber im Klaren sein, dass dies nur das kurzfristige Ziel ist. Auf Dauer müsse mit Vehemenz auf eine unterdrückungsfreie und gerechte Gesellschaft hingewirkt werden. Im Rahmen dieser Strategie seien Konflikte vorprogrammiert. Diese müssen ausgehalten und im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen im Rahmen von Netzwerken oder Sozialen Bewegungen bearbeitet werden.

Obwohl es aktuell wieder einige Bestrebungen gibt, kritische Soziale Arbeit im geschilderten Sinn einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen¹⁰, bewegt sich dieser Ansatz weiterhin eher am Rand des Mainstreams.

¹⁰ Die Kriso-Foren sind ein gutes Beispiel dafür.

Bei der Beantwortung der Fragestellung kommt diesem «Am-Rande-Stehen» des politischen Ansatzes eine ausserordentlich wichtige Bedeutung zu. Lautet nämlich das Fazit, dass Soziale Arbeit politischer sein muss, als sie dies in den letzten Jahren war, bewegt sie sich vermutlich weg von einer Art der Berufsausübung, die inzwischen in breiten Teilen der Bevölkerung zumindest akzeptiert wird. Es soll deshalb hier ein Blick darauf geworfen werden, was eine verstärkte Politisierung im beschriebenen Sinne für Konsequenzen haben könnte.

Durch die Akademisierung und Professionalisierung ist die Soziale Arbeit zu einem Teil des sozialen Sicherungssystems des Staates geworden. Sie bearbeitet Problemlagen, die von einer Mehrheit¹¹ als relevant angesehen werden, oft in Zusammenarbeit mit Angehörigen anderer Professionen. Sie hat sich eigene ethische Standards gegeben und kann nach den üblichen Grundsätzen mit anderen Fachkräften kooperieren, verhandeln und Konflikte austragen. Sie ist zu einem verlässlichen Partner innerhalb der staatlichen Strukturen geworden und damit einher ging auch die Steigerung des Ansehens der Profession in der Öffentlichkeit. Ausserdem konnte eine gewisse wirtschaftliche Grundsicherheit gewonnen werden, da der Staat diverse Angebote der Sozialen Arbeit zumindest mitfinanziert. Dies befreit die Soziale Arbeit davon, sich neben der eigentlichen Tätigkeit noch um Spenden kümmern zu müssen.

Der Preis für alle diese Vorteile besteht in einer gewissen Anpassungsnotwendigkeit. Wird eine Position vollständiger Autonomie verlassen und durch ein System mit vielen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren ersetzt, so kann nicht mehr einfach tun und gelassen werden, was für richtig empfunden wird, ohne einen entsprechenden Preis dafür zu zahlen.

An dieser Stelle soll ein kleines Gedankenexperiment durchgeführt werden. Der skizzierte Verlauf ist bewusst in einer extremen Form gewählt, damit möglichst viele Konsequenzen sichtbar werden.

Nehmen wir also an, dass die Soziale Arbeit beschliesst, sich zu ihren Wurzeln zu bekennen und ihr politisches Mandat in Zukunft offensiv auslebt. Sie motiviert ihre Klientinnen und Klienten bei jeder Gelegenheit, sich für ihre Rechte einzusetzen. Sie verbündet sich aktiv mit Sozialen Bewegungen und baut Netzwerke auf, um kritisches Bewusstsein zu verbreiten. Sie weist immer mehr Aufträge, die sie als nicht vereinbar mit ihren Professionsidealen betrachtet, an die Absenderinnen und Absender zurück und fordert diese auf, selbst

¹¹ Die sich wiederum aus politischen Prozessen ergibt.

dafür Verantwortung zu übernehmen. Sie beschliesst, punktuell im Sinne zivilen Ungehorsams sogar geltende Vorschriften und Gesetze zu missachten. An den Fachhochschulen wird das Curriculum angepasst und gesellschaftskritische Theorien und politischer Aktivismus treten in den Vordergrund.

Was wären wohl die Folgen? Ziemlich sicher würde die Soziale Arbeit einen erheblichen Teil des in den letzten Jahrzehnten gewonnenen Ansehens wieder einbüßen. Sie würde zunehmend als unzuverlässiger Kooperationspartner angesehen und ihre Stimme im offiziellen und institutionalisierten politischen Entscheidungsverfahren verlöre zunehmend an Gewicht. Je nach Entwicklung würden ihr sogar Gelder für die Ausbildung oder die Bereitstellung von Angeboten gestrichen und staatliche Angebote würden wieder vermehrt von professionsfremden Angestellten übernommen.

Auf der Haben-Seite stünde andererseits ein Gewinn an Autonomie. Die Professionellen der Sozialen Arbeit wären nicht mehr in gleichem Masse von den politischen Prozessen und den aktuellen politischen Mehrheitsverhältnissen abhängig. Sie könnten sich bedingungslos mit den Klientinnen und Klienten solidarisieren und sich des Mandats von Seiten der Gesellschaft entledigen.

Obwohl die zuletzt genannten Vorteile durchaus erstrebenswert wären, ist ziemlich offensichtlich, dass eine solche Entwicklung nicht im Sinne der Profession sein kann. Es wäre wohl nur eine Frage der Zeit, bis die notwendigen finanziellen Mittel fehlen würden, um den Klientinnen und Klienten angemessene Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen, die die Basis für sämtliche Weiterarbeit darstellen.

Ein solches Gedankenexperiment ist auch hinsichtlich des anderen Extrems denkbar. Nehmen wir also an, die Soziale Arbeit beschränkt ihre politische Arbeit auf die Aktivitäten des Berufsverbands und das private staatsbürgerliche Engagement der Sozialarbeitenden. Die in den letzten Jahren in Gang gekommenen Veränderungen des politischen Umfelds schreiten fort und es folgen weitere Kürzungen bei den sozialen Abgaben, eine zunehmende Kategorisierung der Klientinnen und Klienten, Privatisierungen öffentlicher Dienste und Abstriche bei der Zahl der Sozialarbeitenden im öffentlichen Sektor. All dies passiert in einer Zeit, in der die soziale Not aufgrund steigender Arbeitslosigkeit, Mini-Jobs und demografischem Wandel eher wächst als zurückgeht (vgl. Mullaly 2015: 364).

Die Sozialarbeitenden werden zunehmend frustriert, da sie aufgrund ausufernder bürokratischer Bestimmungen immer weniger Zeit für die Arbeit mit ihren Klientinnen und Klienten haben und weil sie finanzielle Unterstützungsanfragen aufgrund der Sparbemühungen der

öffentlichen Hand zunehmend ablehnen müssen. Da sich das gesellschaftliche Bild des eigenverantwortlichen Menschen in schnellem Masse ausbreitet, werden Sozialarbeitende als unnötig angesehen und ihre Stellenprozente gekürzt, sofern sie nicht mit ökonomischen Einsparungen begründet werden können.

In diesem Beispiel erhalten sich die Sozialarbeitenden zwar ein gewisses gesellschaftliches Ansehen und ihre Kooperationspartner auf staatlicher Ebene. Wertbewusste Professionelle geraten so aber eher früher als später in Konflikt mit den eigenen ethischen Richtlinien, die im Berufskodex festgehalten sind. Sie werden von den Klientinnen und Klienten nicht mehr als Partnerinnen und Partner, sondern als Kontrolleure angesehen, was die Zusammenarbeit mit ihnen erschwert. Zuletzt verlieren sie auch ihren politischen Einfluss, da die Öffentlichkeit nicht in ausreichendem Masse mitbekommt, was die von den politischen Instanzen beschlossenen Sparbemühungen für Konsequenzen haben.

Beide geschilderten Szenarien können nicht als erstrebenswert angesehen werden. Zwar hätte die bedingungslose Solidarität mit den Adressatinnen und Adressaten bestimmt seinen Reiz, stellt sich aber bei näherer Betrachtung aufgrund der mangelnden Finanzierbarkeit als naive Illusion heraus. Es stellt sich die Frage, ob es vielleicht eine Kompromisslösung zwischen diesen Extrempositionen gibt.

Dazu muss zuerst angemerkt werden, dass sich der Zustand der Sozialen Arbeit in verschiedenen Ländern erheblich voneinander unterscheidet.

Soweit der Verfasser dieser Arbeit als Student dies beurteilen kann, ist die Lage in der Schweiz verhältnismässig gut. Sozialarbeitende beziehen ein vernünftiges Gehalt, verfügen über angemessene Arbeitsbedingungen und haben zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung, um ihren Klientinnen und Klienten aus den dringendsten Nöten herauszuhelfen. Zwar könnte die politische Lage aus Professionssicht auch hier besser sein; insbesondere die in verschiedenen Kantonen hängigen Vorstösse zur Kürzung der Sozialhilferente oder die kürzlich genehmigte Ausweitung der Überwachungsrechte gegenüber den Rentenbezüglerinnen – und bezüglern der Sozialversicherungen geben aus Sicht der professionellen Sozialen Arbeit zu denken. Es gibt aber auch Lichtblicke. So wurden nicht nur diverse Unternehmenssteuerreformen abgelehnt, die erhebliche Steuerausfälle zur Folge gehabt hätten und die dann mit Einsparungen im sozialen Bereich gutgemacht hätten werden müssen. Zu besonderer Hoffnung Anlass geben insbesondere auch die wiedererstarkten Sozialen Bewegungen. Neben der omnipräsenten Klima-Bewegung gab im vergangenen Jahr auch der Frauenstreik zu reden. Nur wenige Monate später erlebte die

Politik bei den Wahlen für Schweizer Verhältnisse beinahe erdrutschartige Verschiebungen. Es besteht also Hoffnung, dass vermehrt progressive Kräfte an die Schalthebel der politischen Macht gelangen. Dies würde es der Sozialen Arbeit ermöglichen, ohne revolutionäres Gehabe auf stetige Veränderungen der Rahmenbedingungen hinzuwirken und Verbesserungen für sich selbst, aber auch für ihre Klientinnen und Klienten zu erreichen. Es macht meines Erachtens aber Sinn, dass die genannten Bewegungen unterstützt werden und dies auch öffentlich kommuniziert wird.

Anders sieht die Situation in anderen Ländern aus. Es ist kein Zufall, dass ein Grossteil der Literatur über kritische Soziale Arbeit aus dem englischsprachigen Raum stammt. In diesen Gegenden ist die Situation offenbar nicht annähernd so gut wie in der Schweiz. Auch in Deutschland kämpfen Sozialarbeitende offenbar mit deutlich grösseren Sorgen. Geradezu als Hilfeschrei kann das 2013 erschienene Buch «Das kann ich nicht mehr verantworten!» von Mechthild Seithe und Corinna Wiesner-Rau bezeichnet werden (vgl. Seithe/Wiesner-Rau 2013). Die erwähnten Zustände gleichen in erschreckendem Masse dem geschilderten zweiten Gedankenexperiment.

In einer solchen Situation fällt es schwer, weiterhin auf die bisherigen Versuche der Politikbeeinflussung zu setzen. Irgendwann kommt nämlich der Punkt, an dem es für die Vertreterinnen und Vertreter der Profession schlicht nichts mehr zu verlieren gibt. Wenn die Zustände für die Sozialarbeitenden und ihre Klientel bereits so schlecht sind, dass ein würdevolles Leben¹² nicht mehr gewährleistet ist, verschwindet auch die Angst vor weiteren Kürzungen im finanziellen Bereich. Der gewonnene Freiraum erscheint unter solchen Voraussetzungen als erheblich wertvoller als die genannten Verluste. In dieser Situation scheint eine umfassende Einmischungsstrategie im Sinne von David Gil zweifellos angezeigt.

Aus einer Schweizer Perspektive kann die Frage, wie politisch die Soziale Arbeit heute sein soll, wie folgt beantwortet werden:

Die Soziale Arbeit tut gut daran, ihre Errungenschaften der letzten Jahrzehnte nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. In der aktuellen Situation ist es sowohl möglich, die Klientinnen und Klienten auf individueller Ebene zu unterstützen, als auch - auf institutioneller Ebene via den Berufsverband und die gezielte Unterstützung Sozialer Bewegungen sowie politischer Abstimmungs- und Wahlkämpfe - auf Veränderungen hinzuwirken. Auch ein stetiger

¹² Für die Klientel UND die Sozialarbeitenden

kritischer Austausch unter den Professionellen, wie dies beispielsweise im Rahmen der Kriso-Foren bereits geschieht, trägt zu einer vertieften Auseinandersetzung mit für die Soziale Arbeit wichtigen Themen bei. Dieser Strategie kommt auch das politische System der Schweiz mit den stark ausgebauten direktdemokratischen Instrumenten¹³ entgegen, weil es einige Macht von den Politikerinnen und Politiker wegnimmt und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zuspricht.

Ein exzessiv wahrgenommenes politisches Mandat scheint in Anbetracht der skizzierten Gefahren zum aktuellen Zeitpunkt keine angemessene Strategie zu sein. Insbesondere sollte auf bewusste Abweichungen der Vorgaben oder gar Verstösse gegen geltende Gesetze verzichtet werden.

Allerdings gilt es, die zukünftigen politischen Entwicklungen mit wachsamem Auge mitzuvollziehen. Es ist nämlich keineswegs garantiert, dass die Sozialen Bewegungen rund um die Klima- und Frauenstreiks einen nachhaltigen Einfluss auf das politische System haben. In diversen Ländern gewinnen rechtspopulistische Bewegungen rasant an Bedeutung oder stellen bereits die Regierung. Diese Strömungen verfolgen in sozialpolitischer Hinsicht Programme, die den Zentralwerten der Sozialen Arbeit erheblich widersprechen. Entsprechend muss die Lage der Sozialen Arbeit je nach Land und Situation anders beurteilt werden.

Da solche Entwicklungen auch hierzulande nicht vollständig ausgeschlossen werden können, tut die Soziale Arbeit gut daran, entsprechende Strategien in der Schublade bereitzuhalten. Es schadet sicherlich nicht, wenn angehende Professionelle in ihrer Ausbildung sich vermehrt mit Inhalten der kritischen Theorie befassen. Dies ist aktuell kein obligatorischer Bestandteil des Studiums, zumindest an der Fachhochschule Nordwestschweiz nicht. Denn der Verfasser dieser Arbeit hätte sich bei entsprechender Ausrichtung seiner Wahlmöglichkeiten höchstens marginal mit Fragen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung auseinandersetzen müssen. Es wird interessant zu beobachten sein, ob die Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz mit der Freiform-Studienform einen Schritt in diese Richtung macht.

¹³ Einerseits sind an die Möglichkeiten von Initiativen und Referenden auf nationaler und kantonaler Ebene zu denken. In zahlreichen Gemeinden existieren zudem noch Gemeindeversammlungen, an denen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar politische Entscheide beeinflussen können.

4 Literaturverzeichnis

- Amann, Kathrin (2019): Sozialarbeitende in der Politik. In: Sozial Aktuell (9), S. 24–26.
- Avenir Social (Hg.) (2010): Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz. Ein Argumentarium für die Praxis der Professionellen. Bern. Online verfügbar unter <https://avenirsocial.ch/publikationen/verbandsbroschueren/>, zuletzt geprüft am 30.12.2019
- Avenir Social (Hg.) (2017): Statuten. Bern. Online verfügbar unter https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2019/01/Statuten_2018_D.pdf, zuletzt geprüft am 30.12.2019
- Becker-Lenz, Roland/Müller, Silke (2009): Der professionelle Habitus in der Sozialen Arbeit. Grundlagen eines Professionsideals. Bern: Peter Lang AG
- Borstel, Dierk/Fischer, Ute Luise (2018): Politisches Grundwissen für die Soziale Arbeit. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Epple, Ruedi/Schär, Eva (2015): Spuren einer anderen Sozialen Arbeit. Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900-2000. Zürich: Seismo Verlag.
- Fachhochschule Nordwestschweiz: Neue Bachelor-Studienform: Freiform startet im Herbst. Online verfügbar unter <https://www.fhnw.ch/de/die-fhnw/hochschulen/soziale-arbeit/medien/newsletter/neue-bachelor-studienform-freiform-startet-im-herbst>, zuletzt geprüft am 26.12.2019.
- Forum für kritische Soziale Arbeit Schweiz (Kriso) (2011): Positionspapier. Zürich. Online verfügbar unter <https://www.kriso.ch/wp-content/uploads/positionspapier-2011.pdf>, zuletzt geprüft am 26.12.2019.
- Gil, David G. (2006): Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter. Bielefeld: Kleine Verlag GmbH.
- Holten, Armin (2012): Legitimationsfiguren Sozialer Arbeit - ein Kommen und Gehen. In: Schneider, Armin/Streck, Rebekka/Eppler, Natalie (Hrsg.) (Hg.): Forschung, Politik und Soziale Arbeit. Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich, Opladen, S. 39–48.
- Kunstreich, Timm (2001): Vom Missverständnis eines politischen Mandats Sozialer Arbeit. In: Roland Merten (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 121–130.
- Kunstreich, Timm/Lutz, Tilman (2006): Vorwort zur Deutschen Ausgabe. In: David G. Gil: Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter. Bielefeld: Kleine Verlag GmbH, S. 11–18.

- Kusche, Christoph/Krüger, Rolf (2001): Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen! In: Roland Merten (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 15–26.
- Merten, Roland (Hg.) (2001): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Merten, Roland (2001a): Politisches Mandat als (Selbst-)Missverständnis des professionellen Auftrags Sozialer Arbeit. In: Roland Merten (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 89–100.
- Merten, Roland (2001b): Soziale Arbeit im Strudel ihres (politischen) Selbstverständnisses? Eine Einleitung. In: Roland Merten (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 7–14.
- Mullaly, Bob (2015): Gegen eine Politik der Hoffnungslosigkeit. Zur Rekonstruktion einer progressiven Sozialen Arbeit in einem Zeitalter der globalen Ökonomie und der Postmoderne. In: Epple, Ruedi/Schär, Eva: Spuren einer anderen Sozialen Arbeit. Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900-2000. Zürich: Seismo Verlag, S. 360–386.
- Reisch, Michael (2015): Vorwort. In: Epple, Ruedi/Schär, Eva: Spuren einer anderen Sozialen Arbeit. Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900-2000. Zürich: Seismo Verlag, S. 9–12.
- Scherr, Albert (2001): Auf der Suche nach dem Politischen in der Sozialen Arbeit. Ein Vorschlag für eine differenzierende Debatte. In: Roland Merten (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 101–120.
- Schneider, Volker (2001): Sozialarbeit zwischen Politik und professionellem Auftrag: Hat sie ein politisches Mandat? In: Roland Merten (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 27–40.
- Seithe, Mechthild (2013): Zur Notwendigkeit der Politisierung der Sozialarbeitenden. In: sozialmagazin (1-2), 24-31.
- Seithe, Mechthild/Wiesner-Rau, Corinna (2013): «Das kann ich nicht mehr verantworten!». Stimmen zur Lage der Sozialen Arbeit. Neumünster: Paranus Verlag.
- Sorg, Richard (2001): Annäherungen an die Frage, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat. In: Roland Merten (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 41-54.

Staub-Bernasconi, Silvia (2018): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Auf dem Weg zu kritischer Professionalität. Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich, Opladen.

Wagner, Leonie (2009): Soziale Arbeit und soziale Bewegungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.